Einzelpreis 30 Pf.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 18.00 Mk., monatl. 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 8gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk., Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 156. Magdeburg, Mittwoch den 7. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Annullierung der Kriegsschulden

Die deutschen Denkschriften über die Leistungsfähigkeit Deutschlands, die der Konferenz von Spa unterbreitet worden sind, wirken auch auf den Deutschen selbst erschreckend. Sie zeigen uns die ganze im Augenblick noch völlig unlösbar erscheinende Schwierigkeit des Problems, das deutsche Volk nicht bloß lebensfähig zu erhalten, sondern es auch für die ungeheuern Ansprüche, die der Sieger an es stellt, leistungsfähig zu machen. Es fällt dabei auch eine treffende Bemerkung über die kritische Lage des deutschen Finanzwesens, die auch nicht durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts gerettet werden kann.

Es lohnt sich, auf diese Frage besonders einzugehen, weil ja die

Annullierung der Kriegsanleihen,

auf deutsch der Staatsbankrott, von den Kommunisten und einem Teile der Unabhängigen immer wieder als ein Mittel zur Rettung anempfohlen wird. Man kann dabei die Beobachtung machen, daß die Empfehlung desto dringender wird, je weiter der, von dem sie ausgeht, von der Verantwortlichkeit entfernt ist, und daß die Bedenken um so größer werden, je näher man in die Sphäre der Verantwortlichkeit hineinkommt. So haben im November 1918

die unabhängigen Volksbeauftragten

die Annullierung der Kriegsschulden auf das bestimmteste abgelehnt, in der Programmdebatte des Reichstags wurde sie aber von der Kommunistin Klara Zetkin auf das allerwärmste befürwortet.

Als man der kommunistischen Rednerin zurief: „Und die kleinen Sparer?“, antwortete sie prompt, durch diese Maßregel sollten natürlich nur die Großen getroffen werden. Wenn eine Kommunistin ihre expropriatorischen Maßnahmen nur auf die Großkapitalisten beschränken will, den Kapitalismus der Kleinen aber ruhig weiter bestehen lassen will, so ist das schon allerhand. Es drängt sich aber sofort die Frage auf, wo die Grenze zu ziehen ist und wie überhaupt das Ganze zu bewerkstelligen sei. Es gibt eine Unmenge großer Zeichner wie

die Sparkassen und die Gemeinden,

die technisch in die Kategorie der Großgläubiger des Reiches fallen. Aber würde man die gewaltigen Anleihesummen, die sie gezeichnet haben, einfach annullieren, so würde man damit nicht die Großen, sondern die Kleinen treffen.

Die Großen würden bei dieser Maßnahme überhaupt am allerbesten davonkommen. Denn durch die Annullierung der Kriegsanleihen, wenn man weiter gehen will, der öffentlichen Anleihen überhaupt, würden sie nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihres Vermögens verlieren, denn sie haben ja nur einen kleinen Teil der Ueberschüsse, die sie während des Kriegs machten, in Anleihen gelegt, der größte Teil ihres Vermögens besteht aus Grundbesitz, gewerblichen Anlagen, Maschinen, ins Ausland geflüchteten Guthaben, Schmuck, Kunstgegenständen usw. Vernichtend würde die Annullierung der Anleihen nur

die kleinen und mittlern Leute treffen

— und mit ihnen die ganze Volkswirtschaft selbst. Zerrüttung des Kredits durch den Staatsbankrott bedeutet Stockung der Produktion, wirtschaftliches Chaos. Einem großen Teile der Bevölkerung wäre für längere Zeit jede Erwerbs- und Existenzmöglichkeit abgeschnitten. Nur diejenigen würden über diese Zeit hinwegkommen, denen ihr Besitz die Fristung ihrer Existenz auch bei allgemeinem wirtschaftlichem Stillstand für längere Zeit gestattet. Die Annullierung der Kriegsschulden wäre eine wirtschaftliche Sintflut, in der Millionen zugrunde gehen würden, die Großen aber würden auf Vergnügungsdampfern über die Flut dahinsegeln und es sich bei Braten und Wein wohl sein lassen.

Will man die katastrophalen Folgen der Schuldenannullierung mildern, indem man die kleinen Sparer unter allen Umständen verschont läßt, so wäre dazu eine höchst komplizierte Gesetzgebung notwendig, durch deren Maschen dann auch mancher große Sparer hindurchschlüpfen würde. Dazu kommt, daß ein gewiß nicht unerheblicher Teil der deutschen Anleihen bereits

in die Hände ausländischer Besitzer

übergegangen ist, das Ausland aber würde gewiß mit aller Energie dafür sorgen, daß seine Angehörigen unter einem deutschen Staatsbankrott keinen Schaden erleiden und das für sie nicht abermals Milliardenverluste erwachsen wie in Rußland. Also: die Anleihen, die sich direkt oder indirekt im Besitz von kleinen Leuten oder von Ausländern befinden, müßten unter allen Umständen verschont bleiben, dazu kämen die im Fall einer nicht allgemeinen Annullierung unvermeidlichen Hinterziehungen der Großen. Das Deutsche Reich würde auch auf diesem gewaltsamen Wege nur einen verhältnismäßig kleinen Teil seiner Verpflichtungen abstoßen können, es würde aber diese gewaltsame Schuldenverminderung mit einer

vernichtenden Verwirrung

seiner gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse bezahlen.

Frau Zetkin hätte also folgerichtig nicht die Annullierung der deutschen Kriegsanleihen, sondern — wenn schon, denn schon — die Expropriation des gesamten deutschen Kapitalbesitzes fordern müssen. Dieses Problem steht aber auf einem ganz andern Blatt. Ohne sich im einzelnen damit auseinanderzusetzen, kann man sagen, daß durch eine derartige Operation die Leistungsfähigkeit des Reiches nur buchmäßig, aber nicht faktisch gehoben werden könnte. Auf den Besitz der Reichen kann das Reich immer

im Wege der Gesetzgebung

zurückgreifen, soweit ihm das als volkswirtschaftlich praktisch erscheint. Der sogenannte Nationalreichtum ist aber in seiner Summe nicht größer und nicht kleiner, ob er nun in seiner Gesamtheit auf dem Konto des Reiches oder auf zahlreiche Einzelkonten gebucht wird.

Die Forderung der Annullierung der Kriegsanleihen erinnert stark an das Goethewort: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, aus Worten ein System bereiten.“ Als Schlagwort geht diese Forderung Zuhörern, die nicht tiefer darüber nachdenken, wie Oel ein, erwägt man aber die Möglichkeit der Ausführung, so ergeben sich sofort die allerschwersten Bedenken. —

Der erste Verhandlungstag in Spa.

Die erste Sitzung der Konferenz von Spa war kurz und ließ kaum Schlüsse auf den weitern Verlauf der Konferenz zu. Die Delegierten versammelten sich pünktlich, die deutschen erschienen als die letzten. Im Konferenzsaal war eine Hufeisentafel aufgestellt. Am Mitteltisch präsidierte der belgische Ministerpräsident de la Croix. Rechts von ihm saß Lloyd George, links Millerand, neben diesem die französischen Minister, dann an der Längstafel die Japaner und die Deutschen, neben Lloyd George die englischen Minister. An der rechten Längstafel die Italiener, dann die Belgier. Die deutschen Delegierten wurden beim Eingang vom Generalsekretär der Konferenz, Jacquemin, empfangen und auf ihre Plätze geleitet. Eine Vorstellung der Delegierten fand nicht statt. De la Croix gab das Programm der Konferenz bekannt. Es enthält folgende Punkte: 1. die Frage der deutschen Entwaffnung zu Lande, zur See und in der Luft; 2. die Wiedergutmachung; 3. die Kohlenfrage; 4. die Bestrafung der Schuldigen; 5. Danzig.

Hierauf erhielt der Reichskanzler Fehrenbach das Wort und drückte seine Genugtuung darüber aus, daß nun wirklich die Verhandlungen beginnen sollen. Er erklärte ausdrücklich die Bereitwilligkeit Deutschlands, den Friedensvertrag anzuerkennen und nach Kräften zu erfüllen. Er teilte mit, daß zwar Sachverständige für die Besprechung des ersten Punktes festgesetzt seien, nämlich Reichswehrminister Geßler und General v. Seeckt, daß sie aber noch nicht in Spa seien, weil die deutsche Regierung nicht wußte, ob eine Verhandlung über die Abrüstungsfrage zugelassen sei, sie dürften aber morgen eintreffen.

Aus den Mitteilungen ging hervor, daß entsprechend dem interalliierten Abkommen, einen Generalredner zu stellen, Lloyd George den alliierten Standpunkt in der Wehrfrage, Millerand den für die Wiedergutmachung vertreten wird. Fehrenbach fragte weiter, ob zu dem vierten Punkte der deutsche Justizminister zuzuziehen sei. Die Frage wurde bejaht. Auch der französische Justizminister und der englische Lordkanzler seien zugezogen. Fehrenbach erbat mit Rücksicht darauf, daß Justizminister Heinze Vizekanzler sei, einen genauern Termin für sein Erscheinen. Es wurde geantwortet, daß wahrscheinlich am Donnerstag schon der vierte Punkt verhandelt würde. Diese Angabe dürfte allerdings nicht eingehalten werden.

Ententekreise rechnen, wie ich höre, zwei bis drei Tage bis zum Beginn der Wirtschaftsverhandlungen. Anscheinend werden die drei genannten Punkte in den ersten Sitzungen nur vorbesprochen und eventuell von Sachverständigen zu Ende verhandelt. Die deutsche Delegation will keinesfalls drängen, sondern womöglich erst abreisen, wenn die Grundzüge des Abkommens feststehen.

Der Gesamteindruck des heutigen Tages ist, daß auf allen Seiten ein sehr ernster Verhandlungswille herrscht.

Um 11 Uhr 50 Minuten vormittags wurde die Sitzung auf Dienstag nachmittag 3 Uhr vertagt. Bis dahin werden die Alliierten über die noch schwebenden Fragen unter sich Besprechungen abhalten.

Inzwischen sind der Reichswehrminister Dr. Geßler und General v. Seeckt nach Spa abgereist. Wenn auch die Abrüstungsfrage als erster Punkt behandelt wird, die wichtigste Frage ist die der Wiedergutmachung, mit der die Kohlenfrage eng verbunden ist. Der Pariser „Temps“ bespricht in diesem Zusammenhang die Auslandsschulden der Alliierten und macht darüber folgende Angaben:

> Frankreich habe verschiedenen alliierten Staaten zusammen geliehen 7 Milliarden 575 Millionen Frank. Es habe dafür von Amerika geliehen 2 Milliarden 985 Millionen Dollar. Das mache 15½ Milliarden Goldfrank, nach dem heutigen Kurse 86 Milliarden. England habe Frankreich geliehen 514 Millionen Pfund Sterling, das mache 13 Milliarden Goldfrank aus, nach heutigem Kurse 24 Milliarden. Aber auch England habe geliehen. Es schulde Amerika 1060 Millionen Pfund Sterling nach heutigem Stande des Kurses, es habe dafür aber geliehen außer Frankreich an Belgien 92 Millionen Pfund, 455 Millionen an Italien, Serbien 20 Millionen Pfund, verschiedenen andern Alliierten 66 Millionen Pfund und Rußland 568 Millionen Pfund. Amerika endlich habe ausgeliehen außer den 4220 Millionen an England 2985 Millionen Dollar an Frankreich, 1811 Millionen an Italien, 839 Millionen an Belgien, 188 Millionen an Rußland, 27 Millionen an Serbien und 136 Millionen Dollar an andre Alliierte.

In runder Summe schulden also die Alliierten den Vereinigten Staaten 10 Milliarden Dollar, was nach dem gegenwärtigen Stande des französischen Frank 130 Milliarden Frank ausmacht. Nun kommt noch hinzu, daß Frankreich vornehmlich an Rußland Geld geliehen hat, dessen Rückzahlung sehr problematisch ist. Amerika war vorsichtiger, denn von den 16 Milliarden 200 Millionen Dollar hat es nur 188 Millionen an Rußland ausgeliehen. Diese Verschuldung der Alliierten erklärt besonders gut die Spannung zwischen Nordamerika und den Alliierten. —

Klassenkampf und Koalition.

Karl Kautsky ist noch immer Mitglied der Unabhängigen Partei. Um so bemerkenswerter ist es, daß die unabhängige Presse konsequent alle Aeußerungen Kautskys ihren Lesern vorenthält. Dafür wird in der schärfsten Weise gegen ihn polemisiert, es gibt sogar Leute, die ihn wegen seines Alters als minderwertig hinstellen.

Die unabhängige Presse zitiert nun, um Kautsky zu widerlegen, Stellen aus ältern Schriften, verheimlicht aber z. B. die von Kautsky entworfene Pariser Resolution und wagt es nicht, Kautskys Begründung für seine jetzige Stellungnahme zu bringen.

Den Crispien-Brief und die Leichtfertigkeit, mit welcher die Unabhängigen Machtpositionen preisgeben, hat Kautsky in einer Artikelserie aufs schärfste gebrandmarkt. Wir haben einige Proben davon gegeben und wiederholen heute das Wesentlichste, was

Kautsky über Koalitionen

zu sagen hat.

In einem Artikel „Klassenkampf und Koalition“, der in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. Juni erschienen ist, setzt sich Kautsky mit der Koalitionsfrage auseinander. Sein Artikel ist die schlagendste Widerlegung all der Albernheiten, mit denen die unabhängige Agitation gegen die grundsätzliche Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei vorzugehen liebt.

Kautsky wendet sich gegen jene Unabhängigen und Kommunisten, die es als einen Verrat an den sozialistischen Grundsätzen, als ein Aufgeben des Klassen-

kampfes betrachten, wenn sich eine sozialistische Partei mit Bürgerlichen in einer Regierung koaliert. Er schreibt dazu:

Diejenigen, die jede solche Regierung von vornherein als elenden Verrat brandmarken, scheinen anzunehmen, dieser Verrat sei so offenkundig, daß er irgendeines Beweises nicht erst bedürfe. Mir ist wenigstens kein Versuch bekannt, die absolute Verwerflichkeit jeglicher Koalitionsregierung eingehend zu begründen. Soviel ich weiß, begnügt man sich einfach damit, auf die Prinzipien des Klassenkampfes und Klassengegensatzes hinzuweisen, die ein Zusammenwirken mit dem Klassengegner ausschließen. Jede derartige Zusammenarbeit bedeute ein Aufgeben des grundlegenden Prinzips des Klassenkampfes.

Kautsky weist dagegen darauf hin, daß die Lage im politischen Kampfe nicht so einfach ist, da die Welt der Bourgeois wiederum in zahlreiche gegensätzliche Klassen zerfalle. Darum habe Marx auch stets die Auffassung Lassalles abgelehnt, daß dem Proletariat gegenüber alle andern Klassen „eine reaktionäre Masse" seien. Er erinnert an die Parteidifferenzen, die es schon früher gab, wenn es galt, sich bei Stichwahlen zu entscheiden oder eine freiheitliche bürgerliche Regierung gegen eine reaktionäre Opposition zu unterstützen. Er erinnert weiter an die von ihm beantragte und angenommene Pariser Resolution von 1900 über den Ministerialismus, die den Eintritt einzelner sozialistischer Minister in eine bürgerliche Regierung als

„ausnahmsweisen Notbehelf in einer Zwangslage"

zuließ. Guesde hat damals diese Resolution bekämpft und sie später übertreten, als er selber 1914 Minister wurde.

Jaurès und Vandervelde, die schließlich doch mindestens so viel von Sozialismus und Politik verstanden, wie Ledebour und Breitscheid, haben sich energisch dafür eingesetzt.

Kautsky hält seine Auffassung von damals auch heute noch für zutreffend. Er sagt darüber:

Nach wie vor halte ich ein Zusammenarbeiten von Sozialisten mit bürgerlichen Elementen in einer Regierung für ein gefährliches Experiment, das man auf keinen Fall suchen, sondern vielmehr nach Tunlichkeit meiden soll. Doch zeigte mir die historische Erfahrung und das Durchdenken aller künftigen Möglichkeiten, daß Zwangslagen eintreten können, in denen für eine sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen in einer gemeinsamen Regierung das kleinere Uebel zur Abwehr größerer wird.

Durch die Flucht zum „Rätesystem" könne man diesem Zwange nicht entgehen:

In Westeuropa ist eine Rätediktatur heute nicht mehr möglich; findet hier ein sozialistisches Regime nicht eine Mehrheit sozialistischer Wähler hinter sich, dann muß es, will es nicht abdanken, sich zu einer Koalition verstehen. Eine solche wird möglich mit Elementen, die zum mindesten ein Interesse an der Demokratie, an der Zurückdrängung der Herrschaft der Bureaukratie durch die Selbstverwaltung, an der Aufhebung des Militarismus haben und durch die Sozialisierung der großen Industrien in ihren Interessen nicht verletzt, ja sogar gefördert werden. Das tritt dann ein, wenn die sozialisierten Industrien produktiver sind als die kapitalistischen, also zum Beispiel den Bauern für die gleiche Menge ländlicher Produkte mehr industrielle Ware als ehedem liefern.

Auch eine solche Koalition wird immer ihre großen Mängel haben, wird natürlich nie für das Proletariat so viel leisten können, wie dessen Alleinherrschaft. Aber wenn diese nicht möglich ist oder nur in Formen, die das ökonomische Leben ruinieren und das Proletariat als herrschende Klasse korrumpieren — und das tut auf die Dauer jede schrankenlose Gewaltherrschaft —, dann bleibt nur die Koalition als kleineres Uebel übrig, wenn der völlige Verzicht auf die Macht das größere wäre.

Kautsky führt dann weiter sehr treffend aus, daß die Arbeit in einer Koalition an die beteiligten Sozialisten die höchsten Anforderungen stelle. Ob die Tätigkeit unsrer Genossen in der Regierung, denen wir für ihre hingebende Arbeit Dank schulden, immer diesen Anforderungen entsprochen hat, steht hier nicht zur Diskussion. Kritik an ihr ist ja auch aus der Sozialdemokratischen Partei selbst geübt worden. Diese sozialdemokratische Kritik unterscheidet sich aber von der unabhängigen grundsätzlich dadurch, daß sie die Art der Ausführung im einzelnen tadelte, nicht aber die Papageienphrase nachplapperte, jede Koalition sei „Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus", „Aufgeben des Klassenkampfes".

Wo immer man uns mit solchen leeren Redensarten kommt, werden wir uns zu ihrer Widerlegung auf die Ausführungen eines so gewiegten Theoretikers des Sozialismus, eines so erfahrenen und erprobten Vorkämpfers der Arbeiterbewegung wie Karl Kautsky berufen dürfen. —

Was geht in Oberschlesien vor!

Nach zuverlässigen Mitteilungen soll die Auflösung der deutschen Sicherheitspolizei in Oberschlesien bevorstehen. Die deutschen Mannschaften sollen durch Mitglieder der polnischen Sokol- (Turn-) Vereine, durch Soldaten der polnischen Haller-Armee und Aufständische aus den Augustkämpfen, die deutschen Offiziere durch Franzosen ersetzt werden. Sollten diese Absichten verwirklicht werden, so wäre das ein weiterer Schritt zur gewaltsamen Aneignung Oberschlesiens durch die Polen. In der schärfsten Weise muß dagegen protestiert werden. —

Existenzminimum im Juni 1920.

Der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, stellt eine Berechnung an über die Höhe der unbedingt notwendigen Unterhaltskosten im Monat Juni. Dr. Kuczynski kommt zu folgenden Ergebnissen:

Die Verbilligung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche und die über Erwarten starke Zufuhr von Kartoffeln haben die Kosten des Existenzminimums im Juni gegenüber dem Mai bedeutend gesenkt. Die rationierten Nahrungsmittel waren allerdings im allgemeinen noch unverändert hoch im Preise. In Groß-Berlin z. B. kosteten Zucker und Milch 9 mal soviel wie vor dem Kriege, Brot und Kartoffeln 10 mal soviel, Butter 14 mal soviel, Margarine 20 mal soviel, Schmalz 20 mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteurung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 31. Mai bis 27. Juni wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juni 1920 Pf.	Preis Juni 1914 Pf.
7600 Gramm Brot	1800	187
837 Gramm Nährmittel	226	34
450 Gramm Hülsenfrüchte	340	20
15000 Gramm Kartoffeln	1000	105
1000 Gramm Fleisch	2015	170
80 Gramm Butter	300	21
750 Gramm Margarine	2870	120
200 Gramm Schmalz	800	28
1075 Gramm Zucker	423	47
750 Gramm Marmelade, Kunsthonig	770	45
	10104	777

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 101,04 Mark zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 7,77 Mark kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 12 600 Kalorien, d. h. reichlich soviel wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 20 Mark ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7 × 2400 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 17800 — 12 600 = 4200 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 3 Pfund Kartoffeln für 1,05 Mark, 1½ Pfund Graupen für 3,40 Mark und ½ Pfund weiße Bohnen für 1,75 Mark verschaffte. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 31 Mark gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 × 3000 = 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch ½ Pfund weißen Bohnen für 1,75 Mark, ½ Pfund Nudeln für 2 Mark, ½ Pfund Reis für 4 Mark, ½ Pfund Margarine für 11 Mark. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 50 Mark kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 121 Mark wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mark, für Heizung 16,10 Mark für Beleuchtung 6 Mark.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidung und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 36 Mark, Frau 24 Mark, Kind 12 Mark.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man, da der Steuerabzug vom Lohn im Juni noch kaum wirksam geworden ist, wie in den Vormonaten einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Juni 1920 in Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	50	81	121
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	36	60	84
Sonstiges	29	43	59
	146	215	295

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 24 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 36 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 49 Mark. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 7600 Mark, für das kinderlose Ehepaar 11 200 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 15 400 Mark.

Vom Juni 1914 bis zum Juni 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,65 Mark auf 146 Mark, d. h. auf das 8,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 Mark auf 215 Mark, d. h. auf das 9,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 auf 295 Mark, d. h. auf das 10,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 11 Pfg. wert. (Im Mai und April war die Mark nur 8 bis 9 Pfg., im März nur 9 bis 10 Pfg., im Februar allerdings noch 12 Pfg. wert gewesen.) —

Die „Volksbeauftragten" von Gotha

Bei den Landtagswahlen in Gotha ist die unabhängige Mehrheit verloren gegangen. Die sozialistische Mehrheit ging verloren, weil durch den ausschließlich unabhängigen Kampf gegen die Sozialdemokratie das eine sozialdemokratische Mandat der Reaktion zugeschanzt wurde. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß fast die Hälfte der Gothaer Bevölkerung sozialistisch gewählt hat: 9 unabhängigen Abgeordneten stehen 10 bürgerliche gegenüber. Eine Koalition mit dem einen Demokraten haben die Unabhängigen abgelehnt. Die Obstruktion, die sie dann nach dem Muster der Braunschweiger Reaktion versuchten, mußten sie auf Befehl des Berliner Zentralvorstandes aufgeben.

Auf Wunsch der Unabhängigen blieb die Bestellung der neuen Gothaer Volksbeauftragten den Rechtsparteien überlassen.

Deren Vorschläge zeigen nun mit aller Deutlichkeit, wohin die wahnsinnige Drückeberger-Politik der Unabhängigen führt. Die Deutsche Volkspartei repräsentiert als „Volksbeauftragten" den Syndikus des Arbeitgeberverbandes Dr. Pfeffer, der Bauernbund den Ortsvorsteher Heyn und die Demokraten den ehemaligen Oberbürgermeister von Gotha, Dr. Liebetraut.

Weil also die Unabhängigen sich fürchteten, mit dem einen Demokraten sich zu verständigen, wird das bisher sozialistisch verwaltete Land Gotha diesen drei sehr weit rechts stehenden Herren „Volksbeauftragten" ausgeliefert. —

Bayrischer Hochverrat.

In letzter Zeit haben wir öfter auf die Gefahr hingewiesen, die in Bayern für den Bestand des Reiches heranwächst.

Ganz offen werden dort die Loslösungsbestrebungen getrieben. Führer ist der Bauernführer und Zentrumsabgeordnete Doktor Heim, gegen den schon im Januar 1920 der jetzige Reichsminister Dr. Wirth heftige Angriffe gerichtet hatte.

Dr. Heim unterhält die besten Beziehungen zu Frankreich, insbesondere zu Foch. Der Leiter des Organs der Sonderbündler, Oberleutnant Kuhn (Würzburg) hat dies wiederholt bestätigt. Kuhn stand in enger Verbindung mit dem Kappisten-Hauptmann Berthold, wie aus dessen in den Kapptagen beschlagnahmten Akten hervorgeht. Ein eifriger Helfer ist der bayrische Regierungsrat Ankenbrand, der eine

Verständigung mit Frankreich

verlangt und zu diesem Zwecke Süddeutschland vom Norden durch eine Zollgrenze trennen will.

Die Treibereien der Sonderbündler und besonders des Doktor Heim werden nun seinen eignen Parteigenossen zu dumm. Hauptmann Mayer veröffentlicht nämlich ein Protokoll über eine Unterredung, welche Dr. Heim mit Kommerzienrat Kastner am 8. Mai 1920 hatte. Es heißt darin:

In einer vertraulichen Besprechung am 8. Mai 1920 äußerte sich Dr. Heim über seine Politik wie folgt: Mein Hauptziel, das ich besonders in San Remo verfolgt habe, ist das: Die Engländer und Franzosen gegenseitig auszuspielen, jedem dieser beiden Hauptfaktoren eine ihnen angenehme Politik vorzuschützen, beide aber im unklaren zu lassen über die eigentlichen Ziele. Ich habe in San Remo den Franzosen als meine Politik bezeichnen lassen und selbst bezeichnet: das Unglück für Deutschland war und ist die Vorherrschaft von Preußen. Preußen muß somit ausgeschaltet werden.

Mein Ziel ist ein Donaubund,

dessen Kern und maßgebender Faktor Bayern ist. An Bayern werden sich anschließen Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Teile von Deutsch-Oesterreich, jedoch unter Ausschluß von Wien, das mit einer größern neutralen Zone ausgeschaltet werden soll. Baden und Württemberg werden als französische „Vorprovinzen" ganz unter Frankreichs Einfluß gestellt und bilden die Brücke von Frankreich zum Donaubund.

Hegemonie Frankreichs wird anerkannt.

Nach San Remo begab sich Dr. Heim nach Zürich und hatte dort

Besprechungen mit Engländern.

Die diesen entwickelten Pläne sind: Deutschland muß im Interesse von Europa konsolidiert werden. Der starke Einfluß Preußens muß gebrochen und ausgeschaltet werden. Der Norden Deutschlands ist der bolschewistischen Gefahr rettungslos verfallen. Nur Süddeutschland kann sich halten. Aus der bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus muß sich eine vorübergehende Loslösung Süddeutschlands vom Reich ergeben. In der anschließenden Neugestaltung wird der Gedanke eines

Großbayern als führende Macht in Deutschland

verfolgt. An Großbayern schließen sich an Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Deutsch-Oesterreich ohne Wien. Ueber Deutsch-Oesterreich wird enge Verbindung mit Ungarn und damit weiterhin eine Verbindung mit dem Balkan und Rußland (und damit Asien) hergestellt. Auf diese Weise kann der Einfluß am Balkan, den Frankreich sich jetzt schon auf wirtschaftlichem Wege sichern will, zurückgedämmt werden. Diese ganze Entwicklung könnte nur in engstem Anschluß an England betrieben werden.

Demgegenüber bezeichnet Dr. Heim als seine eigne Politik: An dem Reichsgedanken muß unbedingt festgehalten werden. Der Norden ist dem Bolschewismus verfallen. Rettung für Deutschland nur möglich, wenn Süddeutschland — in erster Linie Bayern — sich halten kann. Dies ist wahrscheinlich. Vom Süden kann dann eine Gesundung und Neuordnung der Dinge kommen.

Die vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich ist unvermeidlich.

Einmal wegen des Zustandes im Norden, dann wegen des Friedensvertrags (Annullierung, indem ein vertragschließender Teil verschwindet). Die Lösung darf erst eintreten, wenn ein in die Augen springender Grund gegeben ist. Nicht vorher. Verbindungen, mit Hilfe deren ein Zusammenschluß auf föderalistischem Prinzip wieder ermöglicht werden kann, müssen immer bestehen bleiben. Enge Verbindung mit England scheint erwünscht. Weitergehende Ziele oder aber Details der zu ergreifenden Maßnahmen können vorerst nicht behandelt werden.

Die Franzosen werden besonders über die Doppelzüngigkeit Dr. Heims entzückt sein, der ihnen zuerst die „Hegemonie" und den engsten Anschluß Bayerns an Frankreich verspricht und der später treuherzig den Engländern die Versicherung gibt, er strebe den engsten Anschluß an England an.

Das Blatt der bayrischen Sonderbündler, die „Marienburg" des Herrn Kuhn, macht inzwischen in Heim-Kultus und legt sich heftig für eine

Abtretung der Rheinpfalz an Frankreich

ein. Die Propaganda für einen Rheinbund und für eine Donaukonföderation steht in voller Blüte. Und das alles unter den Augen des Herrn v. Kahr — des bayrischen Ministerpräsidenten.

Die geheimnisvollen Fäden der Sonderbündler und Föderalisten spielen von Bayern nach Tirol hinüber. Der Waffenschmuggel zwischen Bayern und Tirol geht wie „geschmiert".

Die bayrische Regierung versichert, daß die Entente in Wehrfragen für Bayern eine Extrawurst braten will. Soll das ein Erfolg Dr. Heims sein, um Bayern militärisch so stark zu machen, daß es imstande ist, zur gegebenen Zeit das übrige Deutschland zu beherrschen? Dr. Heim und seine Genossen sind reif für den Reichsanwalt; denn sie treiben — allerdings mit Wissen der bayrischen Regierung — Hochverrat. —

Das Urteil im Mordprozeß Blau.

Am Montag folgten nach Verlesung der Schuldfragen die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger. In später Nachtstunde erging das Urteil.

Die Geschwornen verneinten bei Fichtmann sämtliche Schuldfragen, erklärten dagegen die Angeklagten Hoppe und Winkler der Beihilfe zum Totschlag schuldig. Dem Angeklagten Winkler wurden mildernde Umstände zugebilligt, dem Angeklagten Hoppe versagt. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin gegen Hoppe 10 Jahre Zuchthaus, gegen Winkler 3 Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Hoppe zu sechs Jahren Zuchthaus, Winkler zu drei Jahren Gefängnis, Fichtmann wurde freigesprochen. Den Verurteilten wurden je 8 Monate Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 156. Magdeburg, Mittwoch den 7. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Juli 1920

Käuferstreik?

Die Preise für eine ganze Reihe von Waren sind gesunken, trotzdem haben die Geschäftsleute Anlaß, über schlechten Geschäftsgang zu klagen. Seit Wochen und Monaten zeigt sich eine Kaufunlust, die schon die bedenklichsten Formen angenommen hat. Die Geschäftsleute sprechen von einem „Käuferstreik" und suchen nach Mitteln, um ein Ende dieses „Streikes" herbeizuführen. Es erscheint sehr zweifelhaft, ob die gegenwärtige Zurückhaltung des Verbrauchers beim Einkauf als „Streik" im eigentlichen Sinne bezeichnet werden kann und darf. Vielleicht oder sehr wahrscheinlich ist wenigstens bei einem größern Teil der Käufer sein „eigner Wille" hierbei nicht ausschlaggebend, vielmehr nötigt und zwingt die wirtschaftliche Lage des einzelnen zu dieser Stellungnahme. Von einem allgemein gewollten und wollenden Streike kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil eben sehr viele Käufer, man kann wohl sagen die allermeisten, nicht mehr kauffähig sind und deshalb einfach nicht mehr kaufen können. Die schon so viel beschriebene mißliche Wirtschaftslage, in der wir uns schon seit mehreren Jahren befinden, beruht doch letzten Endes auf dem ganz krassen und drückenden Mißverhältnis zwischen Einkommen und Ausgaben. Es ist weiter zu bedenken, daß neben diesem „Nichtkaufenkönnen" noch die große Verärgerung des Verbrauchers darüber besteht, daß es so vielen Menschen, sofern sie nur recht weites Gewissen besaßen oder gar ganz gewissenlos waren, außerordentlich leicht gewesen ist (zurzeit schon nicht mehr), mühelos große Gewinne und Verdienste einzustecken. Bevor nicht hier eine wesentliche Besserung zugunsten des Arbeitnehmers eingetreten ist, kann von einer Gesundung unsers ganzen Geschäfts- und Wirtschaftslebens kaum gesprochen werden.

Diese drückende Stille im Handel muß lähmend wirken auf das gesamte Wirtschaftsleben. Eine neue Gefahr entsteht auch für die Arbeitnehmerschaft. Man sucht nach Mitteln, um die Krise zu überwinden, geht dabei aber in vielen Fällen von falschen Voraussetzungen aus. In Dresden hat die dortige Arbeitsgemeinschaft der Einzelhandelsvereinigungen eine öffentliche Aussprache herbeigeführt, die sich insbesondere mit der Frage der Abgabe von Wäsche und Kleidung beschäftigte. Dabei wurden über die Preisgestaltung folgende interessanten Angaben gemacht:

Auf der letzten Leipziger Messe herrschte noch großer Warenhunger. Es wurde damals Hemdentuch im Engros das Meter mit 35 Mark den Einkäufern angeboten, während es jetzt im Einzelhandel für 14,50 bis 25 Mark abgegeben wird. Weiße Damenhemden waren in Leipzig nicht unter 100 Mark zu haben, heute stellt sich der Einzelverkaufspreis auf 50 bis 80 Mark. Reinwollene Damenkleiderstoffe kosteten in Leipzig das Meter 200 bis 350 Mark, der heutige Verkaufspreis stellt sich 185 bis 250 Mark, Crepe de Chine damals 200 bis 260 Mark, heute 125 Mark, Maschinengarn (1000 Meter) damals 24, heute 19,50 Mark, Baumwolltrikotagen damals 85 bis 100 Mark, heute 50 Mark.

Ein Vertreter der Baumwollindustrie schilderte die Lage dieses Industriezweigs als außerordentlich ungünstig. Von den Spindeln liefe nur etwa die Hälfte der Zahl vor dem Krieg und von den Webstühlen sei gar nur etwa ein Drittel der frühern Zahl im Betrieb. Der volle Betrieb verbiete sich, weil es den Fabrikanten am Betriebskapital fehle. So erforderten zurzeit 100 Webstühle 1 Million Mark Betriebskapital. Die Webereien müßten z. B. Nesselware, die mit 24 Mark eingekauft worden wäre, heute für 11,50 Mark verkaufen, und trotzdem würden sie dieselben nicht los. Das Publikum mit seiner Kaufwut im Frühjahr — so sagte der Herr — hat uns in diese scheußliche Situation gebracht, und nun läßt es uns mit seiner Kaufunlust im Stich.

Eine Besserung bringt dies Klagen nicht und den Käufern gut zureden, hat auch wenig Zweck. Eine Hilfe kann aber nur gebracht werden, wenn man alle denkbaren Mittel anwendet, um einen großzügigen Preisabbau durchzuführen. Ein großes Hindernis ist hier natürlich, wenn die Fabriken nur deshalb ihre Betriebseinrichtungen nicht ausnutzen können, weil ihnen das Kapital zum Einkauf der Rohstoffe fehlt. Es müßte hier geprüft werden, ob nicht durch eine großangelegte Kreditaktion, an der sich eventuell auch das Reich und unsre Großbanken beteiligen können, Hilfe geschafft werden kann. Vielleicht gelänge es den Textilfabriken, wenn sie sich zusammenschlössen, auf Grund der solidarischen Haftung aller Beteiligten genügend Kredit zu bekommen, damit sie ihre Betriebe unbeschränkt weiterführen können.

Die gegenwärtige Krise ist zum guten Teil eine Folge der planlosen Wirtschaft, die seit Jahren getrieben worden ist. Hätten wir nicht so sinn- und planlos, wie dies geschehen ist, allerhand Tand aus dem Ausland hereinkommen lassen, so wäre unsre Valuta nicht so tief gesunken, und das Steigen unsrer Valuta hätte nicht so verhängnisvolle Wirkungen für unser Wirtschaftsleben haben können. Das deutsche Volk müßte aus den Vorgängen, die sich in der letzten Zeit in unserm Wirtschaftsleben abgespielt haben, lernen, daß man eben planmäßiger wirtschaften muß, als das in den vergangenen Monaten geschehen ist.

Magdeburger Sonderzug für Abstimmungsberechtigte.

Schon seit 30. Juni rollen tagtäglich Abstimmungszüge für Ost- und Westpreußen durch Magdeburg. In organisatorischer Vorarbeit hatte der Deutsche Schutzbund für eine reichliche Verpflegung und guten Empfang gesorgt. Rege hilfreiche Hände betätigten sich in selbstloser Weise. Der Höhepunkt jedoch war die Abfahrt des Sonderszugs mit Magdeburger stimmberechtigten Ost- und Westpreußen am Montag abend. Es war Zug G 59, der nach Swinemünde fährt, von dort werden die Abstimmungsberechtigten mit Passagierdampfern und Torpedobooten nach Pillau gebracht und dann weiter an die einzelnen Abstimmungsorte. Außer den Magdeburgern stiegen noch aus der Umgegend Stimmberechtigte zu, so vor allem von Braunschweig, Dessau, Köthen, Halberstadt und so weiter.

Ueber und über mit Grün und Fähnchen geschmückt, bot der Zug, umwogt von den Zurückbleibenden, ein interessantes Bild. Die Stimmung wurde noch um ein weiteres durch eine Militärkapelle erhöht. Der Fahrtleiter, der Vorsitzende des hiesigen Westpreußen-Vereins, Herr Fermum, ermahnte in einer Ansprache nochmals alle, ihre Pflicht zu tun und sich nicht von den polnischen Agitatoren in ihrer Heimat betören zu lassen. Kurz vor 9 Uhr abends setzte sich der Zug mit diesen 800 Stimmberechtigten aus dem Meere von Fähnchen und Tüchern in Bewegung, um sie in ihre Heimat zu führen, damit sie dort mit ihrem Stimmzettel deutsche Lande schützen. —

— **Deutschnationale Unkenrufe!** Die freien politischen Erörterungsabende bei Freddrich unter Leitung eines Herrn Marschall gestatten interessante Schlaglichter auf die Gemütsverfassung dieser Herren. Es ist unglaublich, was hier an Dummheit und Verlogenheit an einem einzigen Abend geleistet wird. Diese 120 bis 130 Männlein und Weiblein, die sich allmonatlich dort zusammenfinden, zeigen eine politische Reife, die spaßig wirkt. Man höre, ausgerechnet in diesen rechtsputschistischen Kreisen, die Scheidemann als den traurigsten Menschen der Welt ansehen, da er ihre alldeutschen Pläne durchkreuzt habe, rechnet man auf Unterstützung der — Arbeitermassen. Und prompt meldet sich auch ein sogenannter Arbeiter zum Wort, de- und wehmütig um Entschuldigung winselnd, da er nicht so formgerecht als die übrigen Redner sprechen könne. Die Abschaffung des Achtstundentags ist natürlich eine ganz selbstverständliche Forderung. Sämtliche sozialdemokratischen Landräte müßten verschwinden. Dem Oberpräsidenten, Genossen Hörsing, wurde geraten, nachdem man ein Wehgeschrei über verlorengegangene Staatsautorität angestimmt hatte, sich eine Ballonmütze über den Kopf zu stülpen. Eine Badehose sei kleidsamer als das höchste Würdenamt der Provinz. Ein beliebter Agitationsort scheint der Bahnhofsvorplatz zu sein. In die Kiepen der Frauen wirft man die alldeutsch-nationalistischen Hetzblätter hinein. Im Gedränge des Bahnhofstunnels soll das Gepäck der ahnungslos Reisenden mit deutschnationalen Handzetteln beklebt werden. Das Beste des Abends war wohl die Instruktion des Referenten, Prof. Urban aus Berlin, der die Anwesenden aufforderte, sich zwar nicht mit Gewehren, wohl aber mit Revolvern zu bewaffnen. Er beglückwünschte die Versammlung, daß es möglich sei, in so schöner und harmonischer Weise deutschnationale Phrasendrescherei in Magdeburg, einer Großstadt — treiben zu können. In ganz Deutschland sei seines Wissens keine Stadt in der Lage, etwas Aehnliches zu bieten. Politik betreibt der Herr, wie er ehrlich bekannte, erst seit 2 Jahren. In diesen Kreisen rechnet man auch wieder mit baldigen Unruhen. Sie haben ihre Angst.

— **Erhöhung des Schulgeldes an den staatlichen Anstalten.** Nachdem der Staat erst vor kurzer Zeit eine Erhöhung des Schulgeldes an seinen höhern Lehranstalten auf 240 Mark an den Studienanstalten sogar auf 300 Mark hat eintreten lassen, teilt der Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung jetzt mit, daß eine weitere Steigerung bevorsteht. Im Durchschnitt sollen die Sätze auf 500 Mark erhöht werden. —

— **Schleichhändler und Wucherer „demonstrieren" gegen Schleichhandel und Wucher.** Aus Ulm wird berichtet:

> Das Gewerkschaftskartell forderte die Arbeiterschaft von Ulm zu einer gewaltigen Demonstration nach dem Charlottenplatz auf. Von dort aus bildete sich noch während der Referate der verschiedenen Redner ein kleiner Zug unter Anführung eines angeblich von Nürnberg gekommenen Spitzels, welcher den Oberamtmann dann nach dem Rathaus brachte. Demselben wurde ein Galgen vorangetragen. Auf dem Rathausplatz sammelte sich eine große Menge an. Von der offiziellen Leitung der Veranstaltung war nicht geplant, eine Deputation nach dem Rathaus zu schicken. Die Menge vor dem Rathaus versuchte nun, in das geschlossene Rathaus zu gelangen, um dem Oberbürgermeister die Forderungen der Arbeiter zu überreichen. Aufgehetzt durch verschiedene, in Ulm als Schleichhändler bekannte Persönlichkeiten, ließ sich nun ein kleiner Teil der Demonstranten verleiten, Gewalttätigkeiten zu verüben, die Fenster im Rathaus einzuschlagen und die Akten auf die Straße zu werfen. Einer dieser Schleichhändler ist der Fettwarenhändler Boos, welcher die Leute aufforderte, nach dem Justizgebäude zu ziehen und dort alles kurz und klein zu schlagen, es käme ihm dabei auf das Geld nicht an. Eine Strafsache gegen ihn ist anhängig wegen Wucher; deswegen hetzte er die Arbeiter auf. Im Rathaus wurde inzwischen der Oberbürgermeister von Gesinnungsgenossen des Boos schwer mißhandelt.

Also man läßt sich von Schleichhändlern und Wucherern (!!) auspeitschen und für ihre dunkeln und verbrecherischen Zwecke mißbrauchen! Statt diese schmierigen Gesellen zur Verantwortung zu ziehen, läßt man sie Führer einer Demonstration gegen Teurung und Wucher spielen! Führer der Sozialdemokratie und auch der U. S. P., die beruhigend wirken wollten, wurden mit Steinen beworfen und beschimpft. Dagegen hatten Schleichhändler und Wucherer die „Führung" der Demonstranten gegen Teurung und Wucher! Wenn diese Tatsachen nicht den Arbeitern die Augen öffnen, dann gehen sie blindlings und rettungslos in den Abgrund. Die Schleichhändler und Wucherer wissen aber was sie wollen. Je mehr Verwirrung, je mehr Stockung im Wirtschaftsleben, desto mehr Gelegenheit für Wucher- und Schleichhandelsgeschäfte. —

— **Laufende Teurungszulagen für Kriegshinterbliebene.** Vom 1. August d. J. an werden den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen der Unterklassen, die nach dem 31. Juli 1914 im Heeresdienst gestanden haben und entweder gefallen oder an einer nach dieser Zeit erlittenen Dienstbeschädigung gestorben sind, laufende Teurungszuschläge gewährt werden, die Abschlagszahlungen auf die nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden Bezüge darstellen und bei der Neufestsetzung dieser Bezüge in Anrechnung gebracht werden. Die Teurungszuschläge sind nach Ortsklassen abgestuft und betragen 20 bis 70 Prozent der bisher gezahlten Bezüge. —

— **Für den Reiseverkehr.** Wir stehen mitten in der schönsten Jahreszeit. Wälder und Fluren prangen in frischem Grün und Scharen wanderfroher und erholungsbedürftiger Menschen ziehen hinaus, um in der herrlichen Natur für die erschlafften Nerven Stärkung zu suchen. Da ist es vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß das Reisen, abgesehen von der allgemeinen Preissteigerung, auch durch das neue, am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz eine Verteurung erfährt. Nach § 26 des Gesetzes unterliegt der erhöhten Umsatzsteuer zu 10 v. H. die Gewährung eingerichteter Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern zu vorübergehendem Aufenthalt, wenn das Entgelt für den Tag oder die Uebernachtung 5 Mark oder mehr beträgt. Als vorübergehender Aufenthalt gilt ein solcher, der nach den Umständen bei Beginn des Aufenthalts auf nicht länger als 3 Monate berechnet ist. Die Steuer ist für jeden Tag oder jede Uebernachtung und für jede Person nach dem für das Zimmer oder die Wohnung festgesetzten oder zu berechnenden Tagespreise zu bemessen. Wenn ein Ehepaar für eine Uebernachtung im ganzen nur 9 Mark, für jede Person also 4,50 Mark zu zahlen hat, ist die Steuer nicht zu entrichten. Ist für Beherbergung und Beköstigung ein Gesamtentgelt vereinbart, so kann für die Beköstigung ein angemessener Teil abgesetzt werden, für sie kommt nur die allgemeine Umsatzsteuer zum Satze von 1½ v. H. in Betracht. Abzüge für Bedienung und sonstige Nebenleistungen dürfen dagegen nicht gemacht werden, auch wenn dafür das Entgelt besonders berechnet wird. Danach unterliegt also auch das Entgelt für Heizung und Beleuchtung, für Benutzung des Hotelwagens, ein etwaiger Trinkgeld- oder Teurungszuschlag usw. der erhöhten Umsatzsteuer. Die Steuer darf in Gewerbebetrieben nicht besonders in Rechnung gestellt werden, fällt aber gleichwohl dem Fremden zur Last, da sie in den Preis einzurechnen ist. Hervorzuheben ist, daß die Steuer nicht nur von Gasthäusern und Pensionen, die sich gewerbsmäßig mit der Beherbergung von Fremden befassen, zu entrichten ist, sondern auch von Privatpersonen, die nur gelegentlich Fremde aufnehmen. —

— **Einen Ausschnitt aus dem Verbrecherleben** gewährte eine Verhandlung der Strafkammer Halberstadt gegen Arbeiter Willi Fischer (geb. 1894), Maler Moritz Bockfeld (geb. 1887), Arbeiter Jakob Monkacz (geb. 1897), Kaufmann Ferdinand Bischoff (geb. 1882) und Handelsmann Robert Kagelmann (geb. 1885), sämtlich aus Magdeburg. Bischoff und Kagelmann waren in Geldverlegenheit und kamen auf den Gedanken, sich auf unrechtmäßige Weise Geld zu verschaffen. Selber stehlen wollten sie nicht, und so suchten sie eine der berüchtigten Kaffeestuben auf, in denen polnische Juden zu verkehren pflegten. Sie suchten zunächst den Jakob, der aber war nicht da, anstelle dessen stellte sich ihnen Bockfeld vor, der sich durch gerichtliche Vorladungen für zwei Diebstahlsachen legitimierte. Nun kam auch der andre Pole, und mit Fischer ging's zusammen in den Biederitzer Busch, wo Einbrecherpläne erwogen wurden. Man schlug vor, einen polnischen Juden in Magdeburg, der viel Gold und Silber aufgekauft hatte, zu berauben. Jakob lehnte aber ab, da er den Plan in Verbrecherkreisen schon mehrfach besprochen und Entdeckungsgefahr vorhanden sei. Nunmehr schlug Fischer vor, in Aschersleben beim Gastwirt Hasenbalg Fleischwaren zu entwenden. Das war den beiden Anregern aber nicht recht, da sie Fleisch bei der Bahnprüfung nicht durchbringen konnten. Aufs Geratewohl sagte Fischer nun, daß sie seinem Onkel, der 70 000 Mark Bargeld zu Hause liegen hätte, bestehlen könnten. Der Plan wurde angenommen. Bischoff und Kagelmann gaben den dreien Fahr- und Zehrgeld, stellten ihnen für alle Fälle eine Scheintodpistole (durch die der Ueberfallene betäubt werden kann) und Chloroform zur Verfügung. Sie selber fuhren 1. Klasse hinterher. In der Nacht zum 1. März gelangten sie in Aschersleben an. Während die drei losgingen, verweilten die Auftraggeber in einem Gasthof. Die Diebe kletterten mit einer Leiter bei Hasenbalg in die Vorratskammer und holten 35 Pfund Fleisch, Wurstwaren und Kleidung heraus, die sie nun aber nicht ihren Auftraggebern brachten, sondern bei einem Gastwirt zum Kauf anboten. Der lehnte aber ab und benachrichtigte die Polizei, so daß bald die ganze Gesellschaft dingfest gemacht werden konnte. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der ganzen Umtriebe erhielt Bockfeld, der sich im Rückfall befindet, 2, Monkacz 1 Jahr Zuchthaus, Fischer (der sich im Felde das E. K. 1. Klasse erworben hat) 1 Jahr Gefängnis, und Kagelmann und Bischoff wegen Anstiftung je 9 Monate Gefängnis. Jedem der fünf wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. 2 Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. —

× **Gestohlen** wurden einem Herrn während einer Straßenbahnfahrt eine silberne Remontoiruhr mit abgenutztem Goldrand, der Nr. 46462 und der Bezeichnung Heinrich Schütze; einem Kraftdroschkenbesitzer in der Wolfenbüttler Straße mehrere Auto-Magnete, -schläuche und sonstige Zubehörteile; von einem Trockenplatz am Faßlochsberg ein schwarzweißer Damenbadeanzug; aus einer Wohnung in der Kleinen Junkerstraße eine goldene Herren-Remontoiruhr mit Sprungdeckel und goldener Kette sowie ein Trauring (gez. M. E.) und ein goldener Siegelring; aus einem Verkaufsladen in der Alten Ulrichstraße mehrere Gummimäntel, Hüte, Handschuhe, Socken und Rucksäcke.

× **Ein diebischer Scherenschleifer.** Ein Scherenschleifer, der seine Arbeitsstelle am 25. v. M. vorübergehend auf einem Hofe in der Kronprinzenstraße aufgeschlagen hatte und dem mehrere Taschenmesser zum Schleifen übergeben worden waren, verschwand stillschweigend unter Mitnahme der ihm anvertrauten Messer. Er hat nichts wieder von sich hören lassen, und es besteht daher kein Zweifel, daß die Unterschlagung beabsichtigt war. Mitteilungen über in gleicher Weise Geschädigte oder Angaben, die zur Ermittlung des Schleifers führen können, erbittet die Kriminalpolizei. —

× **Festgenommen** wurden Elektromonteur Robert Schulz und Arbeiter Maximilian Jorkewitz, beide ohne Wohnung, die in der Nacht zum 28. v. M. gemeinschaftlich mit zwei noch nicht ermittelten Komplicen eine Wohnung in der Königstraße erbrochen und Wäsche, Kleidungsstücke, Schmucksachen und mehrere Sparkassenbücher gestohlen haben; der Maler Adolf Kuhndt, Alter Markt 24, der in dieser Sache als Hehler beteiligt war; die polnischen Arbeiter Anton Karikowski und Stanislaus Cihecki, beide ohne Wohnung, die in letzter Zeit gemeinschaftlich in der Umgegend von Magdeburg mehrere Diebstähle, darunter einen solchen bei einem Kaufmann in Remkersleben, bei welchem für 30 000 Mark Kleidungsstücke und Wäsche gestohlen wurden, ausgeführt haben; der Arbeiter Robert Hörske, Bahnhofstraße 41, der Packer Albert Kucke, Zschokkestraße 20, und das Dienstmädchen Hedwig Kranich, Krügerbrücke 1, die gemeinschaftlich in der Nacht zum 19. v. M. einem Ziegeleibesitzer in Vehlitz, bei dem die Kranich in Stellung gewesen war, einen Ochsen gestohlen haben. Der letztere soll hier geschlachtet und an einen Wurstfabrikanten verkauft worden sein. Die Kranich ist außerdem verdächtig, eine Witwe in Gommern, bei der sie sich aufhielt, zum Danke für deren Gastfreundlichkeit, tüchtig an Schmucksachen, Kleidungsstücken und Lebensmitteln bestohlen zu haben. —

— **Zwei Knaben das Leben gerettet.** Am Sonnabend nachmittag gegen ½3 Uhr gerieten zwei Knaben aus Prester im Alter von 9 bis 12 Jahren beim Baden an einen Buhnenkopf in Prester in einen Strudel. Die Kinder waren des Schwimmens unkundig und gerieten in Gefahr zu ertrinken. Polizeiwachtmeister Moos sprang den Kindern nach, und es gelang ihm, beide zu retten. —

— **Leichenlandung.** Am 3. d. M. ist am rechten Ufer der Elbe bei Biederitz die unbekannte Leiche einer 20 bis 25 Jahre alten weiblichen Person gelandet. Sie ist etwa 1,65 Meter groß, hat rundes Gesicht, dunkle Haare und ist bekleidet mit dunkelblauem Sommermantel, schwarzweiß kleingeblümter Bluse mit Perlmutterknöpfen, schwarzem Rock, Unterrock (oben grün und unten blau), weiße Leibwäsche, schwarzen, P. A. gezeichneten Strümpfen. Die Leiche trug einen goldenen Ring in Schlangenform und eine Brosche aus Metall mit Maiglöckchen. Angaben, die zur Ermittlung der Persönlichkeit führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 63. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Bezirksgruppe Altstadt-Friedrichstadt-Werder: Am Mittwoch abend 7 Uhr Spiele auf dem Schulhof der 2. Volksmädchenschule Straßburger Straße 12.

Bezirksgruppe Neue Neustadt: Am Mittwoch abend ½8 Uhr im Zeichensaal der Mädchenschule Umfassungstraße Bunter Abend. Alle Mitglieder und deren Eltern sowie Freunde sind eingeladen.

Bezirksgruppe Buckau: Am Donnerstag abend ½8 Uhr in der Schule Leipziger Straße 47 heiterer Leseabend.

Theater, Konzerte ꝛc.

Besprechungen.

Kunstgruppe Magdeburg. Georg Seidler las am Sonnabend in der Kunsthalle neue Dichtungen von Stramm, Becher und andern. Die Auswahl war nicht allzu glücklich getroffen. Die Länge mancher Gedichte wirkte auf die Hörer bei der Hitze im Vortragsraum ermüdend. Mit der Dichtkunst eines Stramm vermag man sich schwer abzufinden. Die Wortreihen, die in seinem Werk „Die Menschheit" das Ohr treffen, vermögen in dieser Formgestaltung keinen tiefen Nachhall zu erwecken. Anders die kraftvolle Schönheit Becherscher Dichtungen. Seine herrliche Sprache in dem Gedicht „An den Frieden" oder in seinem Wutgesang gegen den Militarismus: „Mensch stehe auf", wäre unter einem Roedemeyer wirkungsvoller zur Geltung gekommen. —

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Viktoria-Theater. Heute Mittwoch „Willis Frau", Donnerstag „Willis Frau", Freitag zum erstenmal „Doris und ihre Männer", Sonnabend zum letztenmal „Die Fahrt ins Blaue", Sonntag „Willis Frau". —

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 5. Juli, 2 Uhr.

Zunächst wird die Diätenvorlage, wonach jeder Abgeordnete monatlich 1500 Mark Tagegelder erhalten soll, ohne Aussprache dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Brotversorgung und Lebensmittelpreise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Erkelenz (Dem.), Trimborn (Zentr.), Stresemann (Dt. Vp.) über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Sie weist darauf hin, daß die gelieferten Brotmengen zum überwiegenden Teil aus Ersatzstoffen, wie Bohnenmehl, Maismehl usw. bestehen. Die Zustände dauern schon monatelang und können in kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben. Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation Henke (Unabh. Soz.) über die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise. Sie fragt: wie und wann gedenkt der Reichskanzler den durch die in Aussicht stehende überaus gute Ernte möglichen Abbau der Preise für Getreide, Kartoffeln, Fleisch in die Wege zu leiten? Was gedenkt der Reichskanzler gegen diejenigen Landwirte zu unternehmen, die sich in offener Verhöhnung behördlicher Anordnungen der Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse entziehen? Welche Maßnahmen plant er gegen den zunehmenden Lebensmittelwucher?

Abg. Erkelenz (Dem.) begründet die erste Interpellation. Wenn im Ruhrrevier nicht Abhilfe geschafft wird, müssen sich schwerwiegende politische Konsequenzen ergeben.

Abg. Dr. Herz (Unabh. Soz.): Die Ausführungen des Vorredners haben deutlich die Not der Bevölkerung gezeigt. Es sind nicht nur die Kreise der Arbeiterschaft, sondern auch die Angestellten und Beamten leiden unerträgliche Not. Es bedürfe nur eines kleinen Anstoßes, um dem Groll über diese Not Ausdruck zu geben. Dieser Anlaß waren die ungeheuerlichen Obstpreise. Wir sind gegen die meist durch Lockspitzel hervorgerufenen Lebensmittelunruhen, weil dadurch gegen die Notlage nichts erreicht wird. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Wir sind aber aus all diesen Gründen aufs schärfste gegen einen sogenannten „planmäßigen" Abbau der Zwangswirtschaft, solange Angebot und Nachfrage sich nicht das Gleichgewicht halten. (Beifall b. d. Unabh. Soz.) Die Ausführungen des Reichsernährungsministers erwecken den Anschein, als ob die Regierung vor dem Ultimatum der Großagrarier vollkommen kapituliert hätte. (Sehr richtig! links.) Die Kreise der Klein- und Mittelbauern haben sich den temperamentvollen Aeußerungen des Herrn Dr. Heim angeschlossen, daß auch die Landwirtschaft Rücksicht nehmen müsse, die Großagrarier aber kennen nur ihren schrankenlosen Profit. (Sehr wahr! b. d. Soz.). Die Löhne sind nie in Einklang mit den Preisen gewesen. Redner beweist dies an vielen Beispielen. Die Ernte von 1920 steht sehr gut und trotzdem hat die Regierung

neue Preiserhöhungen in Aussicht genommen,

die alles Bisherige in den Schatten stellen und noch weit über die Zahlen der Indexkommission hinausgehen. (Hört, hört!)

Wenn man über die hohen Düngemittelpreise jammert, warum hat man dann die riesigen Gewinne der Düngemittelindustrie, besonders der Kali-Industrie nicht beschlagnahmt? (Sehr richtig!) Die Produktion an Düngemitteln ist künstlich niedergehalten worden, um riesige Preise zu erzielen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Es muß jetzt unter allen Umständen mit dem Abbau der Preise begonnen werden, wobei mit den Brot- und Getreidepreisen der Anfang gemacht werden muß. (Sehr richtig!) Im Gegensatz dazu hat die Regierung ohne Bewilligung des Reichstags und ohne Befragen des Volkswirtschaftsausschusses wieder eine Frühdruschprämie genehmigt, statt, wie unser Genosse Wurm es von hier aus verlangt hat, die staatliche Organisation des Frühdrusches in die Hand zu nehmen. (Hört, hört!) Die Annäherung an die Weltmarktspreise ist das Sehnen der Großagrarier. (Sehr richtig!) Dem Schiebertum im großen muß entgegengetreten werden, was Aufgabe der Wuchergerichte gewesen wäre, die aber durch Sabotage der Rechtsparteien ihre Tätigkeit nicht aufnehmen konnten. (Sehr richtig!) Wir fordern die sofortige Vorlage eines Kommunalisierungsgesetzes, das den Gemeinden die Möglichkeit schnellen Zugreifens gibt. Wir sind nie gegen die produktive Landwirtschaft aufgetreten, sondern nur gegen den Großgrundbesitz, der andre für sich arbeiten läßt. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Ihn gilt es möglichst bald und durchgehend zu sozialisieren. Für die Uebergangszeit aber wenden wir uns aufs schärfste gegen den Abbau der Zwangswirtschaft, denn hinter diesem Rufe steht nur die nackte Gewinnsucht. Der Hauptmangel der Zwangswirtschaft ist, daß sie durch die Gegenwirkung des Großgrundbesitzes usw. nur auf dem Papier steht. (Sehr richtig!) Demgegenüber fordern wir den

genossenschaftlichen Ausbau in der Landwirtschaft

mit allen Mitteln. Nur auf diesem Wege wird die furchtbare Not gelindert werden können. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Ein Regierungsvertreter: Im allgemeinen sind die Landwirte ihrer Lieferungsfrist nachgekommen. Wir brauchen auch jetzt Auslandsgetreide, und dessen Preise müssen bei der Kalkulation in Rechnung gezogen werden. Die Frühdruschprämien können wir nicht entbehren. (Ruf b. d. Unabh. Soz.: Ist das alles?)

Auf Antrag Burlage (Ztr.) wird Besprechung bei der Interpellation beschlossen.

Abg. Käppler (Soz.): Die Frage, ob wir bis zur Ernte reichen, kann noch nicht beantwortet werden. Süd- und Westdeutschland sind heute ausschließlich auf Auslandseinfuhr angewiesen. Das bedauerlich ist, daß wir an Stelle des Brotes nicht Kartoffeln geben können, weil die Ablieferung in die Städte nicht im geringsten genügt. (Sehr richtig!) Sollte in den nächsten Wochen durch Unruhen eine Stockung eintreten, dann wäre der Zusammenbruch vollständig. Und dann gibt es nur noch das eine, daß die städtische Bevölkerung auf das Land strömt und sich seine Nahrung selber holt. Das kann doch den Bauern auch nicht recht sein. Die Ursache ist einfach: der Bedarf aus eignen Mitteln reicht für 40 Millionen Menschen — aber 60 Millionen wollen essen. Es gibt nur einen Weg zur Lösung dieser Schwierigkeiten: Erhöhung unsrer Gesamtproduktion. Und dann:

das Vorhandene muß gerecht verteilt werden.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Unsre ganze Ernährungswirtschaft ist nichts als ein Fortwursteln nach den alten Methoden. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht fähig, uns wieder hoch zu bringen. Wir müssen dahin kommen, daß, wer nicht arbeitet, auch nichts zu essen bekommt. (Sehr richtig! Zuruf: Wer sitzt denn im Kintopp?) Den Arbeiter zwingt schon die Not des Lebens zur Arbeit. Die Zwangswirtschaft geht von dem richtigen Gedanken aus, daß gerade bei knappen Rationen alle gleich viel erhalten müssen. Es könnten jedem noch 260 Gramm Brot mehr gegeben werden, wenn alles Getreide abgeliefert und erfaßt würde. (Hört, hört!) Aus dem fehlerhaften Kreise von Preis und Lohn muß die Landwirtschaft zuerst heraus, und sie kann dies auch, weil sie festere Produktionskosten hat, die nicht von den Schwankungen abhängen wie bei der Industrie. (Widerspruch rechts.) Dann, aber auch nur dann kann der Landwirtschaft geholfen werden durch Verbilligung der Düngemittel auf Reichskosten. Von einer

Verbilligung der Lebensmittel,

wovon die Regierung spricht, merkt man in der Tat nichts. Eine solche Ernährungspolitik kann unsre Fraktion nicht mitmachen. Wir verlangen eine Herabsetzung der Ausmahlung, den Wegfall jedes Streckungsmittels ab nächster Ernte und auf keinen Fall eine Erhöhung des Brotpreises. (Sehr richtig!) Sie (zur Rechten) wollen eben keine normalen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, damit Sie Ihre Riesenprofite beibehalten können. (Lebhafter Widerspruch und erregte Zurufe rechts.) — Der Präsident bittet, den Redner weitersprechen zu lassen. — Die Aussetzung von Frühdruschprämien hat tatsächlich eine Vermehrung der Anlieferung zur Folge und macht uns darum unabhängiger von der Auslandszufuhr. Es ist anzunehmen, daß wir durch die Frühdruschprämie auf diese Weise einen ganzen Monat Einfuhrgetreide sparen. Die Landwirtschaft sollte angesichts der fürchterlichen Notlage des gesamten werktätigen Volkes auf jede weitere Preiserhöhung verzichten. (Sehr richtig!) Wenn dagegen manche landwirtschaftlichen Kreise mit dem Boykott drohen, so warne ich sie vor der Macht der gewerkschaftlichen organisierten Arbeiterschaft. (Sehr richtig!)

Der Präsident verliest einen Antrag Ledebour (Unabh. Soz.): Die Behandlung der Interpellationen durch die Regierung entspricht nicht der Anschauung des Reichstags.

Abg. Sauerbrey (Unabh. Soz.): In den Säuglingsheimen sind die furchtbaren Folgen der Unterernährung deutlich zu beobachten. Die Photographien dieser Unterernährten, mit englischer Krankheit behafteten Kinder sollten auf jedem Gutshof ausgehängt werden. (Zuruf rechts: Die englische Hungerblockade!) Ich leugne nicht die Schuld der englischen Imperialisten, aber die deutschen Agrarier haben die Hungerblockade fortgesetzt. Der getreue Fridolin des Reichsernährungsministers hat eine Antwort gegeben, die uns nicht befriedigen kann. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Sie läuft darauf hinaus, daß die Landwirte der Not des Volkes nur dann steuern können, wenn sie dafür große Profite kriegen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Zu einer solchen Regierung können wir kein Vertrauen haben. Die Zwangswirtschaft hat mit Sozialismus nichts zu tun, aber selbst diese Notstandsmaßnahme wird von den Agrariern sabotiert. Im rheinischen Industriegebiet haben sich die Ernährungsverhältnisse geradezu zu einer Katastrophe zugespitzt. Der Obstwucher im Rheinland muß tiefe Erbitterung auslösen. Ueber all das gibt der Regierungsvertreter keine Auskunft. (Sehr richtig!) Die fortschreitende Proletarisierung wird zu einer fortschreitenden Revolutionierung. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Kleine Anfragen, Interpellation über die Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der Besprechung über die Ernährungslage. —

Preußische Landesversammlung.

Die Landesversammlung machte am Montag schnelle Arbeit. Einige Vorlagen, darunter diejenige über die

Verstaatlichung der Bergregale

wurden ohne Aussprache an den Ausschuß überwiesen. Nur die Notlage der Veteranen von 1870/71 führte eine lebhafte Aussprache herbei. Allgemein wurde die einmalige Beihilfe von 80 Mark, die neuerdings den Veteranen bewilligt ist, für vollkommen unzureichend erklärt. Genosse Herbert machte mit Recht darauf aufmerksam, daß die Herren von der Rechten früher nichts für die Veteranen übrig gehabt haben als Geld genug da war. Damals wurde nicht den Kriegsopfern geholfen, sondern lieber ein neuer Krieg entzündet. Gegen diesen Vorwurf nahm der deutsche Volksparteiler Meyer (Herford) mit dem Brustton der Ueberzeugung die Nationalliberale Partei in Schutz, erntete jedoch nur stürmisches Gelächter der Mehrheit.

Am Dienstag begann nach Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen und kleiner Vorlagen die Beratung des Notetats und des neuen Etats für 1920. —

*

Sozialdemokratische Schulanträge.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Preußischen Landesversammlung folgende Anfrage eingebracht:

Infolge der unerwartet langen Verzögerungen des im Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung angekündigten Reichsgesetzes, das die für die Organisation der Volksschulen in Beziehung auf das Bekenntnis oder die Weltanschauung der Erziehungsberechtigten entscheidenden Grundsätze für die Landesgesetzgebung aufstellen soll, sind innerhalb einer Reihe von Gemeinden tiefgehende und sehr bedauerliche Streitigkeiten, sogar Schulstreike eingetreten.

Weitere Konflikte sind dadurch entstanden, daß Lehrer von dem ihnen aus Artikel 130 Abs. 2 der Verfassung zustehenden Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen, Gebrauch gemacht haben.

Die Ausgestaltung der Schulgesetzgebung Preußens im Sinne der Reichsverfassung, deren dringende Notwendigkeit aus diesen Vorkommnissen hervorgeht, wird aber durch den Artikel 174 Satz 1 dieser Verfassung gehemmt, solange das oben bezeichnete Reichsschulgesetz nicht geschaffen worden ist.

Daher fragen wir die Staatsregierung, ob sie gewillt ist, bei der Reichsregierung auf schnellste Einbringung dieses Gesetzes zu dringen. —

Provinz und Umgegend.

Von der Invalidenversicherung.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hat einen bemerkenswerten Bericht über die Rentenbewegung in der Provinz im Jahre 1919 herausgegeben. Im Gegensatz zu den Berichten der letzten Jahre zeigt er eine allgemeine Zunahme der Rentenbewilligungen. In der Hauptsache handelt es sich auch hier um die Nachwirkungen des Krieges.

Invalidenrenten, die bei dauernder Invalidität vom Tage ihres Eintritts an gewährt werden, wurden 6927 festgesetzt, gegen 5476 im Jahre 1918 und 4775 im Jahre 1915. In Wegfall kamen im Berichtsjahr 6491 Invalidenrenten. Der Bestand an laufenden Invalidenrenten erhöhte sich von 48 370 auf 48 806 am Schlusse des Jahres 1919. Vom Beginn der Invalidenversicherung bis Ende des Jahres 1919 wurden zusammen 145 000 Invalidenrenten festgesetzt.

An Krankenrenten, die bei voraussichtlich nur vorübergehender, jedoch länger als 26 Wochen währender Erwerbsunfähigkeit gewährt werden, wurden in den frühern Jahren immer nur wenige Hundert festgesetzt. Während der Kriegszeit sind jedoch die Kriegsbeschädigten vorzugsweise mit solchen Renten bedacht worden, weil man annahm, daß sie selbst bei schweren Verletzungen bald wieder zu einer Erwerbstätigkeit kommen würden. Von 595 festgesetzten Krankenrenten im Jahre 1915 kam man auf 3363 im Jahre 1917. 1919 trat ein kleiner Rückgang auf 3259 ein. In Wegfall kamen in diesem Jahre 1930 Krankenrenten, so daß sich der Bestand an laufenden Renten von 3334 auf 4663 erhöhte.

Die Altersrenten zeigen ganz erhebliche Schwankungen. Bis in die ersten Kriegsjahre nahm die Zahl der Bewilligungen ständig ab, und zwar bis auf 774 im Jahre 1915. Die Ursache lag in der hohen Altersgrenze von 70 Jahren für den Beginn der Rente und in der recht schwer nachzuweisenden langen Wartezeit. Im Jahre 1916 wurde jene Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr festgesetzt und es stieg die Zahl der Bewilligungen auf 7197 im Jahre 1917. Sie nahm dann wieder ab, und zwar bis auf 3184 im Jahre 1919. In Wegfall kamen in diesem Jahre 2055 Altersrenten, so daß sich der Bestand an laufenden Renten von 16 376 auf 17 505 am Schlusse des Jahres 1919 erhöhte.

Die Zahl der Witwenrenten hat eine nennenswerte Zunahme auch erst während des Krieges erfahren. Die Bewilligungen stiegen von 503 im Jahre 1916 auf 1018 im Jahre

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(17. Fortsetzung.)

14. Kapitel.

Der Haß.

Als Wilhelm vom Begräbnis zurückkam, wurde er auf das Bureau gerufen, wo ihm der Sergeant sagte, daß er ihm ein besonderes Zimmer im Männerflügel geben werde, damit er sich seinen Kindern widmen könne.

Wilhelm bedankte sich, während der Schmerz ihn wieder übermannte. Der Sergeant hielt dies für Rührung über die außerordentliche Güte, die er ihm bezeigte und beschloß, ein übriges zu tun. Er ließ einen kleinen Ofen in das Zimmer stellen, das er Wilhelm überwiesen hatte und sprach mit dem Arzte, der zweimal die Woche ins Lager kam, damit er den Kindern je einen halben Liter Milch täglich verordne.

Es ließe sich kaum sagen, was diesem verbissenen Neider eine so menschenfreundliche Handlung eingab. Waren es Gewissensbisse, oder die Furcht, die Kinder könnten ernsthaft krank werden? War es kalt berechnete Grausamkeit, Wilhelm und die andern Internierten die Bitterkeit der Trennung von Mann und Weib um so schärfer fühlen zu lassen? Oder war es einfach Mitleid, verstärkt von dem Gefühl, daß Wilhelm, wie er selber, durch die Ehe ins Unglück gekommen war? Der Sergeant legte sich wohl selbst keine Rechenschaft darüber ab.

Wie dem auch sein mochte, Wilhelm wurde nun sein Günstling. Er wies diesem hier und da allerlei kleine Arbeiten an, wogegen Wilhelm verschiedene Vergünstigungen genoß. Doch je erträglicher Wilhelms Lage wurde, desto tiefer fraß sich der Groll in sein Gemüt. Er dachte nie anders an den Sergeanten, als mit wachsendem bitterm Haß, ihn den Mörder Lisbeths nennend. Immer lag ihm in dem Sinn, was Lisbeth auf ihrem Sterbebett gesagt hatte: „Die Franzosen sind schlecht."

„Und war es etwa nicht wahr?" — rief er anklagend in seinen Gedanken aus.

Er hatte die Franzosen zu kennen geglaubt vor dem Kriege! Er hatte sie für gutherzig gehalten, leicht erregbar, intelligent, die Gerechtigkeit liebend. Oh! nun hatte er sie am Werke gesehen. Er hatte gesehen, was hinter den schönen Worten steckt, die sie immer im Munde führen: Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und als Zugabe noch die Brüderlichkeit!

Langsam hatten sie die arme Lisbeth zu Tode gefoltert, das harmloseste, gutmütigste Geschöpf, das nie einer Fliege etwas zuleide getan hatte. Und jetzt, um ihn so recht fühlen zu lassen, daß sie sein Weib mit Absicht ermordet haben, jetzt gaben sie ihm ein besonderes Zimmer, Milch für die Kinder, verstärkte Rationen, alles Dinge, die mehr als genug gewesen wären, sie, die so stark war, zu retten.

Oh! er hatte sie gesehen, ihre Gerechtigkeit und ihre Brüderlichkeit! Einen alten Mann ermorden, der nichts getan, als seinem Freunde zu Hilfe zu kommen, ihn ermorden und dann über den Mord und den Mörder mit Schweigen hinweggehen.

Ihre Gerechtigkeit bestand darin, hilflose Leute, die den schönen Worten der Franzosen und ihren angeblich republikanischen Institutionen vertraut hatten, auf unbestimmte Zeit zu verdammen, ohne Untersuchung, ohne Richter, ohne Verteidigung, ohne Gesetz, ohne jedes Recht.

Und wie hat man sie eingesperrt!? Wenn sie nicht alle krepiert sind wie die Hunde — oh! das war gewiß nicht die Schuld des „großherzigen" Frankreichs.

Und diese Leute wagten noch, von den deutschen Grausamkeiten zu reden! Sie unterstellten den Deutschen, was sie selber begangen haben würden, hätten sie in Deutschland eindringen können. Man hat sie gesehen unter Napoleon, und die Geschichte kennt die Zerstörung der Pfalz!

Sein Vater, der, Gott sei Dank! kein Dummkopf war, wußte wohl, warum er nicht mehr nach Frankreich zurück hat wollen.

Aber wo hatte er, Wilhelm Picard, nur seine Augen gehabt, um sie für intelligent zu halten? Hätte er es nicht mit seinen eignen Augen gesehen, niemals würde er eine solche Unfähigkeit, einen so himmelhohen Stumpfsinn für möglich gehalten haben!

Die Mobilmachung zuerst. Die hat schön ausgesehen! Absolut nichts vorgesehen, alles durcheinander!

Und wenn man sich die Verwaltung des Lagers einmal ansah, die Leute, die sie da eingesperrt haben, mußte man sich fragen, ob sie schließlich nicht noch dümmer sind als schlecht. Um sich, wie sie sagen, gegen die Spionage zu sichern, sperrten sie unterschiedslos alle Deutschen, Oesterreicher und Ungarn ein. Ohne gerade sehr intelligent zu sein, brauchte man die Internierten bloß einmal anzusehen, um herauszubekommen, daß nicht ein einziger Spion darunter ist und nicht zwei Personen, die dazu fähig wären. Greise, Kinder, Frauen einsperren, die oft sogar in Frankreich geboren waren und kein Wort Deutsch sprachen, arme Dienstboten einsperren, anständige Arbeiter, während die wirklichen Spione mit „guten" Papieren versehen, oder gar die Landesverräter, frei herumliefen.

Und diese Leute waren so dumm wie er selber gewesen, an Frankreich zu hängen.

Kein Wunder, wie sie jetzt über Frankreich reden, selbst und vor allem die mit Deutschen oder Oesterreichern verheirateten Französinnen. Wer jetzt noch wagte, sich für Frankreich zu erklären, riskierte, als Spitzel zu gelten. Denn dieselben Franzosen, die behaupteten, die Spionage gelte in Deutschland als eine Nationaltugend, schämten sich nicht, arme Teufel für ein Stück Brot als Spitzel abzurichten, damit diese ihre eignen Landsleute verraten.

Und er, ein Familienvater, hatte ernsthaft gedacht, Dienst zu nehmen . . .!

Wo hatte er nur seine Augen gehabt?

Rouff ist noch hinter der Wahrheit zurückgeblieben, als er sagte, die Franzosen seien ein Volk von Bleiärschen, unfähig, neue Wege einzuschlagen.

Was hatten sie in Wirklichkeit Neues erzeugt?

Ihr Parlamentarismus war nur eine Affenkomödie, eine Mühle, die Wind mahlt. Ihre Industrie, ihre Landwirtschaft waren fünfzig Jahre im Rückstand.

Was sie sagten oder taten, war Mache, für die Zuschauer berechnet, nirgends ein ernstes, selbstbescheidenes Streben, das nicht nach Beifall haschte.

Wilhelm lachte höhnisch, als er den Präfekten und den Souspräfekten kommen sah und darauf die Lage der Internierten gewisse Verbesserungen erfuhr.

Aha! sagte er sich, man erwartet die amerikanischen Delegierten. Nicht aus Humanität, aus Angst vor dem Skandal wurde ein Speisesaal eingerichtet, wo die Eheleute die Mahlzeiten gemeinsam einnehmen konnten, wurden den Internierten Strohsäcke und Decken gegeben!

Aber man kannte sie jetzt, wenigstens er, Wilhelm Picard, fiel darauf nicht mehr herein. Er war jetzt geheilt von seiner Vorliebe für die Franzosen! Ah! Wenn er nicht gezwungen wäre sich zu beugen und zu bücken, der armen Kinder wegen, er würde ihnen die Wahrheit ins Gesicht sagen! Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Der Tag der Rache wird kommen! Ein Witwer mit zwei Kindern, bettelarm wie Hiob, wird er heimkommen; aber wenn sie alles ihm genommen haben, seinen Verstand konnten sie ihm nicht nehmen. Laut wird er überall das heilige Vermächtnis Lisbeths verkünden: Die Franzosen sind schlecht!

Während Wilhelm derart sich in sein Unglück vergrub und sich im Elend und im Müßiggang verbiß, verbarg er unter einem gleichmütigen Aeußern einen kochenden Haß, der ihn noch elender machte.

(Fortsetzung folgt.)

1919. In Wegfall kamen 1919 nur 272 solcher Renten, ihr Bestand stieg auf 3553. Die immerhin sehr geringe Zahl der Witwenrenten findet ihre Erklärung darin, daß die Renten nur den erwerbsunfähigen Witwen gewährt werden. Die Witwen der Kriegsgefallenen sind aber meist noch erwerbsfähig. Witwenkrankenrenten an solche Witwen, die nur vorübergehend, aber länger als 26 Wochen erwerbsunfähig sind, wurden im Jahre 1919 nur 25 bewilligt. In Wegfall kamen 25, ihr Bestand stieg auf 104.

Eine große Zunahme fanden die Waisenrenten durch den Krieg. Im Jahre 1914 wurden nur 1129 festgesetzt, im Jahre 1916 dagegen 5018. Die Zahl sank dann wieder auf 4158 im Jahre 1919. In Wegfall kamen in diesem Jahre nur 824 Waisenrenten, so daß ihre Zahl von 20 408 auf 23 742 am Schlusse des Jahres 1919 stieg. „Einmalige Leistungen" kennt man nur an Hinterbliebene von Versicherten. Witwengelder werden gewährt an solche Witwen, die selbst auch Beiträge zu der Versicherung geleistet haben und die Anwartschaft noch besitzen; solche wurden 1733 im Jahre 1919 festgesetzt. Die „Waisenaussteuer" wird solchen Waisenrentenempfängern gewährt, die das 15. Lebensjahr überschreiten, wenn die Mutter die Beiträge zur Versicherung fortgezahlt hat. Es kamen 1919 nur 285 zur Auszahlung, weil die Einrichtung zu wenig bekannt ist.

Der jährliche Durchschnittsbetrag einer Invalidenrente betrug 195 Mark, Krankenrente 195,40 Mark, Altersrente 173 Mark, Witwenrente 79 Mark, Waisenrente für ein Kind 41 Mark, eines einmaligen Witwengeldes 82 Mark, einer Waisenaussteuer 26 Mark. Zu den Invaliden-, Kranken- und Altersrenten wurden seither monatlich 20 Mark, zu den Witwenrenten 10 Mark Teurungszulagen gewährt. Diese Zulagen wurden vom 1. Juli 1920 an auf 30 Mark und 20 Mark erhöht und auf die Waisenrenten ausgedehnt. Immerhin beträgt durch diese Aufbesserung eine Invalidenrente noch nicht einmal 50 Mark monatlich. Damit kann selbstverständlich kein einziger Rentenempfänger auskommen. Erhält er keine sonstige Hilfe, muß er verhungern. Das Vermögen der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt beträgt rund 136 Millionen Mark. —

Neuer Landarbeiterlohntarif.

Der Deutsche Landarbeiterverband schreibt: Zwischen der Vereinigung ländlicher Arbeitgeberverbände und dem Deutschen Landarbeiterverband ist mit Geltung vom 1. Juli bis zum 30. September ein neuer Lohntarif abgeschlossen worden.

In Zone 1 wird gezahlt: für vollwertige Arbeiter über 18 Jahre Stundenlohn 3,75 (Wochenlohn 202,50) Mark, für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 2,95 (159,30) Mark, für Arbeiter bis zu 16 Jahren ein Mindestlohn von 1,55 Mark, bei Mehrleistung nach Vereinbarung; für Frauen und Mädchen über 17 Jahre Stundenlohn 1,70 Mark, für Mädchen unter 17 Jahren nach freier Vereinbarung. Frauen und Mädchen erhalten während der Dreschzeit einen Zuschlag von 10 Pfg. die Arbeitsstunde. Hofmeister, Aufseher und Gutshandwerker erhalten den Bar- und Naturallohn des Vollarbeiters mit einem Zuschlag von 25 Prozent zum Gesamtverdienst. Für Füttern und Putzen außerhalb der Arbeitszeit einschließlich der Sonn- und Festtage wird ein wöchentlicher Zuschlag von 15 Mark bei 1½stündiger täglicher Ueberzeit gezahlt. Für das Abfüttern an Sonntagnachmittagen und -abenden wird 5 Mark pro Tag berechnet. Die auf einen gesetzlichen Feiertag fallenden Wochentage werden dem Geschirrführer voll als weiterer Ausgleich für Füttern und Putzen gezahlt. Für alle übrige Sonntagsarbeit wird der doppelte Bargeldlohn gezahlt. Die Naturalien werden weiter nach dem alten Tarif in beiden Zonen gegeben.

In Zone 2 wird gezahlt: für vollwertige Arbeiter über 18 Jahre Stundenlohn 2,80 (Wochenlohn 122,40) Mark, für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 1,70 (91,80) Mark, für Arbeiter bis 16 Jahren wie in Zone 1, für Frauen und Mädchen über 17 Jahre Stundenlohn 1,40 Mark, für Mädchen unter 17 Jahren nach freier Vereinbarung. Im übrigen gelten dieselben Abmachungen wie in Zone 1. —

Landjägertag.

In Halle fand eine Gedenkfeier des hundertjährigen Bestehens der preußischen Landgendarmerie statt. Der größte Teil der Gendarmerie-Beamten und zahlreiche Vertreter der Behörden waren erschienen. Rechnungsrat Wiegand vom Ministerium des Innern hielt einen Vortrag über die Entwicklung der preußischen Landgendarmerie, die jetzt in die Landjägerei umgewandelt worden ist. Regierungsrat Kurzig (Magdeburg) als Vertreter des Oberpräsidenten wies auf die Schwierigkeiten des Berufs hin. Die Ausübung der Staatsautorität und die Ueberwachung der bestehenden Gesetze, die Ausübung der Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei sowie die Bekämpfung des Schleichhandels seien die wichtigsten Funktionen des Gendarmeriebeamten. Der Vorsitzende des Gendarmerievereins der Provinz gelobte im Namen der Beamten Pflichttreue, selbstloses und unparteiisches Eintreten für die Gesamtheit des Volkes und unwandelbare Treue zur Verfassung. —

Kreis Wanzleben.

Hadmersleben, 6. Juli. (Wegen Steuerhinterziehung) wurde der Landwirt Hermann K. von Finanzamt zu 6500 Mark Geldstrafe, Einziehung des verschwiegenen Vermögens von 6428 Mark und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Es handelte sich um eine Hinterziehung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Erfreulicherweise sieht man daraus, daß jetzt auch die Besitzenden nachdrücklichst zu den Steuerlasten herangezogen werden. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Kreis-Arbeiterjugendfest.

Am Sonntag den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet in Sommerschenburg ein Fest der Arbeiterjugendvereine im Kreise statt, zu der die Jugend sowie alle Freunde der Arbeiterjugendbewegung eingeladen sind.

Das Programm besteht aus Spielen im Freien (unter Mitwirkung von Magdeburger Jugendfreunden). Ansprache des Bezirksjugendsekretärs, Genossen Voigt (Magdeburg), sowie Darbietungen der besuchenden Vereine. Anmeldungen und Anfragen erledigt

Walter Räcke, Völpke.

*

Wolmirstedt, 6. Juli. (Gestörte Einbrecher.) In einer Juninacht vorigen Jahres wollten die Arbeiter Willi P. und Willi S. der Vorratskammer der Krankenanstalt einen Besuch abstatten. Als sie nach Oeffnung der Gartentür die Gitterstäbe am Kammerfenster zerbrechen wollten, wurden sie gestört und mußten flüchten. Das Landgericht verurteilte beide Angeklagte wegen versuchten schweren Diebstahls zu je 5 Monaten Gefängnis. —

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Parteikonferenz.

Eine Konferenz der Sozialdemokratischen Partei im Unterbezirk Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode-Quedlinburg fand am 3. und 4. Juli in Halberstadt statt. Anwesend waren 84 Delegierte. Den Geschäftsbericht erstattete Parteisekretär Genosse Berger. Ueber die Presse sprach der Verleger des „Halberstädter Tageblattes", Genosse Treff. Die Zahl der Ortsvereine im Unterbezirk ist von 35 auf 79 gestiegen. Die Mitgliederzahl nahm einen Aufstieg auf über 12 000; leider sind nur wenig Frauen als Mitglieder gewonnen worden. Während der Reichstagswahl sind rund 230 000 Flugschriften und Drucksachen verbreitet worden. Die Gesamtausgaben der Bezirkskasse beliefen sich im letzten Jahre auf 98 000 Mark. Dabei sind die örtlichen Ausgaben der einzelnen Zweigvereine noch nicht einbegriffen. Mit dem Ausfall der Reichstagswahl kann man unter Berücksichtigung aller Erschwernisse für unsre Partei noch zufrieden sein.

Die Aussprache dauerte mehrere Stunden. Behandelt wurde auch die Frage der Jugendorganisation, ferner vom Genossen Dr. Kühn die Bildungsfrage. Im übrigen waren Wahlvorgänge besprochen. Ein Antrag, alle Parteisekretäre nach Halberstadt zu nehmen, insbesondere die Stadt Aschersleben vom Sitz eines Sekretariats zu entblößen, fand keine Zustimmung. Beschlossen wurde, in allen größern Orten Zeitungskommissionen zu gründen, die die Agitation für die Parteipresse betreiben sollen. Ueber die Kandidatenfrage zur Preußischen Landesversammlung sprach Genosse Oberbürgermeister Weber (Halberstadt). Er führte aus, daß in diesem Jahre höchstwahrscheinlich noch Wahlen zur Landesversammlung stattfinden. Die Abgrenzung der Wahlkreise stehe noch nicht fest. Nach dem Bezirksstatut stellt die Kandidaten für die Wahl endgültig der Bezirksparteitag auf. Redner beantragt, nach Ausschreibung der Landtagswahl für jeden Wahlbezirk eine Konferenz abzuhalten, in der die Kandidatenvorschläge gemacht werden sollen. Dem wurde zugestimmt.

Genosse Weber beschäftigte sich ferner mit dem wahrscheinlich Ende Oktober in Kassel stattfindenden Parteitag und der Wahl der Delegierten dazu. Er beantragte, nach Bildung der Wahlbezirke die Frage in den Ortsvereinen durchsprechen zu lassen, um so Vorschläge zu erhalten. Es kam noch eine Reihe von Anträgen zur Erledigung. Ein Vorschlag auf Reform der Reichsbank und der Geldwährung wurde dem Parteivorstand in Berlin überwiesen. Ein Antrag, die Genossen in öffentlichen Aemtern, wie Bürgermeister, Landräte usw., dürfen kein Parlamentsmandat erhalten, fand in dieser Form keine Zustimmung. Ueber diese Frage sollen die Genossen im einzelnen Falle bei der Aufstellung der Kandidaten entscheiden. Eine Entschließung will eine Beschränkung des Religionsunterrichts in der Volksschule, eine andre die Entscheidung über den Mittellandkanal dem Reichstag übertragen. Eine weitere wendet sich gegen die Besetzung deutschen Gebiets durch schwarze Truppen der Entente und deren Folgen.

Zum Vorort des Unterbezirks wurde Halberstadt bestimmt. Als Vorsitzender wird Genosse Redakteur Reichardt gewählt. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen Reichardt über Politische Gegenwartsfragen. Die Massen verständen es noch nicht, die Freiheiten zu handhaben, die sie jetzt besitzen. Viele glaubten, die Revolution habe zügellose Freiheit gebracht. Redner sprach in der eindrucksvollsten Weise und erntete lebhaften Beifall. Es wurde beschlossen, von einer Aussprache Abstand zu nehmen. Das Referat soll auch den einzelnen Ortsvereinen gehalten werden. —

*

Halberstadt, 6. Juli. (Aus Arbeitslosigkeit zum Einbrecher.) Der 19jährige Arbeiter Ernst glaubte zum Stehlen berechtigt zu sein, weil er stellenlos und ohne Geldmittel war. Aus einem Geschäft entwendete er nach Anbohren einer eisernen Kellertür zwei Pakete mit Stoffen. Bei einem andern Einbruch wurde er gefaßt. Der Staatsanwalt des Landgerichts beantragte 2 Jahre Zuchthaus wegen schweren Diebstahls. Der Verteidiger empfahl dagegen eine milde Beurteilung der Tat, indem er sich von einer milden Strafe eine Besserung des Angeklagten versprach. Das Gericht verurteilte den jungen Arbeiter zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Quedlinburg, 6. Juli. (Zur Lohnbewegung der Gärtner und Landarbeiter.) Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter und der Deutsche Landarbeiterverband schreiben uns: Die Mitteilung, wonach der Arbeitsausschuß des landwirtschaftlichen Tarifamts Halle eine Lohnzulage von 45 Prozent ausgesprochen hätte entspricht nicht den Tatsachen. Bei der im Februar erfolgten Lohnreglung durch Schiedsspruch unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurden die Stundenlöhne für Gärtner auf 2,30 bis 2,75 Mk., für Arbeiter auf 1,70 bis 2,50 Mk. und auf 1,30 bis 1,70 Mark für Frauen und Mädchen festgesetzt, errechnet auf Grund einer amtlichen Lebensmittelpreistabelle. Nach dem Spruchurteil sollen Lohnerhöhungen erfolgen, sobald nach amtlichen Gutachten die Lebenshaltung im Gesamtdurchschnitt um 10 Prozent gestiegen ist. Durch den ungeheuern Wucher mit allen Artikeln der Lebenshaltung ist nach amtlichen Feststellungen eine Verteurung um mehr als 100 Prozent zu verzeichnen. Demgegenüber ist eine Zulagenforderung von 65 Prozent sicher bescheiden zu nennen, um so mehr, da im Quedlinburger Samenbaugebiet nur mit Barlohn zu rechnen ist. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß ein Wochenverdienst von 127 Mark (bei einer Durchschnittsarbeitswoche von 51 Stunden), von dem Versicherungsbeiträge und Steuern in Höhe von 10 Prozent abgezogen werden, zur Ernährung einer Familie ausreichend ist. Der Arbeitsausschuß setzte nun eine Lohnzulage fest, die unter den Beschäftigten lebhaften Unwillen hervorrufen mußte. Es sollen nämlich erhalten: die volljährigen Arbeiter, in verheiratete und unverheiratete getrennt, erstere eine Stundenzulage von 40 und 5 Pfennig Zulage für jedes Kind unter 14 Jahren, letztere 20 Pfennig, männliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 10 Pfennig, Jugendliche und Frauen 5 Pfennig. Diese Zulagen bedeuten, wie ersichtlich, keineswegs eine 45prozentige Lohnzulage, sondern eine Verhöhnung und Herausforderung der Arbeiter. Unbedingt verlangen die Arbeiter eine Zulage, die ihren bescheidenen Forderungen annähernd entspricht und die generell für die volljährigen männlichen Arbeiter ist. Wollen die Arbeitgeber soziale Erkenntnis betätigen, so sollen sie das nicht auf Kosten der übrigen Arbeiter tun. —

Kreis Stendal-Osterburg.

Tangermünde, 6. Juli. (Aus Not.) Weil sie nicht imstande waren, bei den hohen Preisen Kleidungsstücke zu kaufen, beschlossen drei Frauen, sich solche auf billige Weise zu beschaffen. Sie fuhren nach Rathenow und stahlen in drei Geschäften sieben Herrenhemden und drei Paar Herren- bezw. Kinderstiefel im Gesamtwert von 1500 Mark. Die Frauen wurden jedoch ertappt und mußten die Sachen wieder herausrücken. —

Kleine Chronik.

Katastrophe bei einem Schwimmfest. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntag nachmittag bei einem Arbeiterschwimmfest in Bad Bendahl bei Barmen. Viele Zuschauer waren, um die Wettkämpfe besser verfolgen zu können, auf ein Dach geklettert und drängten dabei nach vorn. Das Dach stürzte ab und fiel auf die unten am Wasserspiegel sitzenden und stehenden Zuschauer, die darunter begraben wurden. Ein Teil von ihnen stürzte ins Wasser. Etwa 20 Personen wurden verletzt, darunter fünf schwer. Hilfe war sofort zur Stelle. —

Freiheitsberaubung durch ein Telegramm. Ein eigenartiger Fall von Freiheitsberaubung beschäftigte das Kammergericht. Zwischen dem Kaufmann Lamberty und dem Diplomingenieur Schmidt in Charlottenburg, welche längere Zeit miteinander in geschäftlicher Verbindung standen, waren nach Abbruch der geschäftlichen Beziehungen Feindseligkeiten entstanden. Als L. vor einiger Zeit Kenntnis davon erhielt, daß Sch. geschäftlich nach Erfurt reise, übermittelte er während der Reise des Sch. nach Erfurt der Polizeibehörde in Erfurt ein Telegramm des Inhalts, daß im Erfurter Hof ein Hochstapler wohne, welcher in Berlin gesucht werde, es werde gebeten, ihn zu verhaften, nähere Auskunft werde die Technische Hochschule erteilen. Daraufhin nahm die Polizeibehörde in Erfurt die Verhaftung vor und hielt Sch. während eines Zeitraums von vier Stunden fest; als sich herausstellte, daß gegen Sch. nicht der geringste Verdacht vorliege, wurde er freigelassen. Auf die gegen L. wegen Freiheitsberaubung erhobene Anklage verurteilte ihn das Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Gegen dieses Urteil legten L., Sch. und die Staatsanwaltschaft Berufung beim Landgericht ein, welches aber sämtliche Berufungen zurückwies und annahm, daß das Telegramm des Angeklagten ursächlich die Festnahme von Sch. durch die Polizeibehörde bewirkt habe, es sei gleichgültig, ob die Polizeibehörde ihre Befugnisse überschritten habe oder nicht. Seine Verurteilung griff L. mit der Revision beim Kammergericht an und behauptete, daß die Polizeibehörde nicht befugt gewesen sei, auf ein jeder Authentizität entbehrendes Telegramm hin Sch. zu verhaften. Das Kammergericht wies aber die Revision von L. als unbegründet zurück und machte geltend, nach der Annahme des Vorrichters habe L. die Polizeibehörde in Erfurt veranlaßt, Sch. zu verhaften, der Angeklagte habe sich mithin der Freiheitsberaubung schuldig gemacht. Die Verhaftung sei lediglich auf das Telegramm des Angeklagten hin erfolgt; aus diesem habe die Polizeibehörde entnehmen sollen und entnehmen müssen, daß Sch. eine schwere Tat begangen habe. —

Der Landrat, die Dame, das Mistferkel. Der Landrat von Schmalkalden, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hatte einer Frau in Kassel einen Handkoffer an die Straßenbahn getragen, was ihm dummspöttische Bemerkungen der „Unabhängigen" eingetragen hatte. Darauf kam folgende gepfefferte Antwort: „In der Auergasse (d. i. der Sitz der Redaktion der U.S.P.-Zeitung) sind alle alten Tanten in hysterische Schreikrämpfe gefallen, denn es ist wieder mal was passiert. Der Landrat hat einer Schmalkalderin, als er mit ihr dienstlich in Kassel war, den Handkoffer an die Straßenbahn getragen! Alle perverser Redaktionsesel spitzen die Ohren, blasen die Nüstern auf und wittern Sensationsluft: denn umsonst kann er das nicht gemacht haben! — Wer zeit seines Lebens noch keine ehrliche Arbeit verrichtet hat und noch kein Arbeiterbrot gegessen hat, weiß natürlich, daß man eine Arbeit nicht umsonst tut, und ich kann's auch den alten Klatschtanten mit der Hängelippe verraten, daß ich ein gutes Trinkgeld erhalten habe. Ich darf's aber nur unter der Bedingung verwenden, daß wir nächsten Winter bei intimer Musik Kuchen und Kaffee dafür anschaffen und daß extra der neue kommunistische U.S.P.-Fixier-Walzer dazu einstudiert wird. Verraten will ich den „ehrsamen Handwerkern" von der Volksvergiftung aber, daß ich schon viel mehr gearbeitet habe. Neulich hatte ich sogar eine große Blase beim Buddeln im Garten, ja sogar Holz habe ich schon gesägt und gehauen, und augenblicklich bin ich dabei, einen Schweinestall zu bauen, wo dann so ein paar Mistferkel in der Auergasse, die man dort billig kaufen können soll, eingesteckt werden. Schubert, Landrat." —

Schwere Explosion in einer Kriegsbeschädigtenversammlung. Die „Freiheit" meldet: Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen hatte zu Montag abend 7 Uhr in der Turnhalle in Hagen i. W. eine Kundgebung für den Weltfrieden und Völkerversöhnung einberufen, in der der Bundesvorsitzende Karl Tiedt (Berlin) sprechen sollte. In dem Augenblick, wo der Referent das Lokal betrat, erfolgte in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal eine starke Explosion, durch die zahlreiche Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Der Saal gleicht einem Trümmerhaufen. Die nähere Untersuchung ergab, daß die Explosionsstoffe unter dem Ofenfuß bis an den Treppenaufgang der Bühne gelagert waren. Tiedt wurde nicht verletzt und richtete an die vor dem Gebäude Versammelten eine Ansprache. — Wolffs Bureau verbreitet über das gleiche Unglück folgende Mitteilung: Während einer stark besuchten Versammlung, die der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen am Montag abend in der Tonhalle in Hagen abhielt, um für Völkerfrieden und Völkerversöhnung zu demonstrieren, flog der in der Nähe des Rednerpultes aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Die Decke wurde an verschiedenen Stellen durchgeschlagen. Sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert und Stühle und Tische durcheinander geworfen worden. Etwaw 40 Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab, daß im untern Teile des großen eisernen Ofens neben dem Aschenkasten eine Anzahl Handgranatensprengkapseln verborgen gewesen war. Man glaubt, daß die Entzündung durch eine in den Ofen geworfene Zigarre oder Zigarette entstanden ist. — Es ist notwendig, daß die Untersuchung noch Klarheit schafft, ob das Unglück durch Fahrlässigkeit entstanden ist oder ob ein Anschlag vorliegt. —

Den Vater in der Notwehr erschossen. Ein Familiendrama hat sich am Sonntag in Frankfurt am Main zugetragen. Der 44jährige Zementarbeiter Wilhelm Römer, der dem Trunk ergeben war, bedrohte, wie schon oft, seine Frau und den Sohn mit Erschießen. Der 19jährige Sohn entriß dem Vater die Waffe und tötete diesen durch einen Schuß in die Brust. Der Sohn stellte sich freiwillig der Polizei und wurde vorerst in Haft behalten. —

Freikorpsführer Aulock verhaftet. In Berlin wurde der Oberkapitän Aulock, der Führer eines schlesischen Freikorps, verhaftet. Von Aulock-Soldaten wurde Schoffländer ermordet und die Druckerei unsers Breslauer Parteiorgans zerstört. — Wenn Aulock überhaupt vor ein Gericht gestellt wird, so findet sicherlich der Gerichtshof, daß er zu mindest in „gutem Glauben" gehandelt hat. Möglich ist auch, daß das Gericht zu Recht erachtet, daß Aulock noch eine Belohnung verdient. —

Zur Rothensteiner Explosionskatastrophe. In Sachen der Explosionskatastrophe von Rothenstein, die fast 300 Menschenleben kostete und einen Schaden von vielen Millionen anrichtete, hat Geheimrat Prinzhausen (Königsberg) ein Gutachten erstattet, wonach das Artilleriedepot zwanzigfach mit Munition und Pulver überlegt war und deshalb ein großer Teil in unverantwortlicher Weise im Freien gelagert wurde. Ebenso seien die Granaten in fahrlässiger Weise zerlegt worden. Den Schaden habe das Reich und der Staat zu tragen. —

Doppelmord und Selbstmord. Die in Köpenick wohnhafte Hebamme Pfohl hat in der Nacht zum Montag ihre beiden 12 und 14 Jahre alten Söhne, von denen einer taubstumm war, vergiftet, und sich dann ebenfalls das Leben genommen. Der Grund zur Tat ist darin zu suchen, daß gegen sie ein Strafverfahren schwebte, in dessen Verlauf sie vor einigen Wochen in Untersuchungshaft genommen, aber vorläufig entlassen worden war. —

Die Elektrische durch den Gotthard. Die ersten elektrischen Züge haben den St.-Gotthard-Tunnel passiert. Die Fahrt vollzog sich ohne jede Störung. —

Straßenbahnunglück. Bei einem Straßenbahnunfall am 3. Juli in der Nähe von Pittston bei Scranton in Pennsylvanien wurden 18 Personen getötet und 100 verletzt. —

Vereins-Kalender.

Betriebsrätekommission. Am Donnerstag abend 7½ Uhr Sitzung im Arbeitersekretariat. [357

Arbeiter-Sängerchor und Magdeburger Damenchor. Mittwoch den 7. Juli, abends 8 Uhr, gemeinsame Uebungsstunde in Kortes Bierhallen. [2120

Magdeburger Damenchor. Uebungsstunde jeden Donnerstag abend 8 Uhr in der Schule Listemannstraße, Eingang Franseckystraße. [2015

Schwimmverein Freya. Freitag den 9. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 23. [2119

Fermersleben. Schwimm- und Ruderverein. Am Freitag den 9. Juli, abends 7½ Uhr, Versammlung in Stillers Gesellschaftshaus. [2122

Wasserstände.

	Elbe.	Fall	Wuchs
Pardubitz	5. 7.	+ 0,08	0,14 —
Brandeis	„	+ 0,81	— —
Melnik	„	+ 0,76	0,10 —
Leitmeritz	„	+ 0,81	0,1. —
Aussig	„	—	— —
Dresden	6. 7.	—	— —
Torgau	„	+ 1,26	— 0,14
Wittenberg	„	+ 2,18	— 0,35
Roßlau	„	+ 1,24	— 0,27
Aken	5. 7.	+ 1,11	0,01 —
Barby	6. 7.	+ 1,05	— 0,08
Magdeburg	„	+ 0,88	— 0,03
Tangermünde	„	+ 1,45	0,03 —
Wittenberge	„	+ 1,18	— 0,07
Lenzen	5. 7.	—	— —
Dömitz	„	+ 0,55	— —
Darchau	4. 7.	+ 0,40	0,01 —
Botzenburg	5. 7.	+ 0,42	0,06 —
Hohnstorf	6. 7.	+ 0,60	0,02 —

	Mulde.	Fall	Wuchs
Düben	6. 7.	—	— —
Saale.			
Grochlitz	6. 7.	+ 0,86	0,03 —
Trotha	„	—	— —
Bernburg Ufp.	„	+ 0,90	— 0,15
Kalbe Oberpegel	„	—	— —
Kalbe Unterpegel	„	—	— —
Grizehne	„	—	— —
Havel.			
Brandenburg Oberpegel	5. 7.	+ 2,00	— —
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,76	0,02 —
Rathenow Oberpegel	„	—	— —
Rathenow Unterpegel	„	—	— —
Havelberg	„	+ 1,61	— 0,01

Wettervorhersage.

Mittwoch den 7. Juli: Wolkig, Regen, strichweise Gewitter, später etwas kühler.

Neue Kurse vom 3. August ab

1801

2 Minuten vom Bahnhof entfernt — 2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S Kaufm. Tages- & Abend-Unterricht

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. kfm. Buchführ., Handels-Briefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.
Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissensch.gepr.Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.
Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt — 2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Fürsten-Café
mit hochmoderner 1900
Sommer-Palmen-Terrasse.
Jeden Nachmittag
● Elite-Damen-Kaffeekränzchen. ●
Täglich nachmittags und abends
Vornehme Salon-Musik.

Walhalla Lichtspiele
Apfelstraße 12 Apfelstraße 12

Heute bis einschließlich Donnerstag
Vampire
5. Teil
des großen Detektiv-Romans in 6 Fortsetzungen. — Inhalt:
Der Giftmensch.

Gewaltige, spannende Handlung, glänzende Darstellung.

Dazu:
Mit Leib und Seele eigen
gewaltiges Filmdrama in 6 Akten mit
Dagny Servaes in d. Hauptrolle.

Spielzeit: Wochentags 6 bis 10½ Uhr, Sonntags 3 bis 10½ Uhr.
1588

Wenn ich bedenke
wie man sich quälte! — —
Nun habe ich's leicht, seitdem ich „Urbin" wählte!

Ich hab's!
Urbin ist doch der beste Schuhputz
In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.
Vertreter: Kurt Schwerdtfeger, Magdeburg-W., Kantstraße 4.

Bekanntmachung.
Auf Marke 3 der Kartoffelkarte für Juli können vom 7. bis 11. Juli 3 Pfund neue Kartoffeln zum Preise von 49 Pfennig für 1 Pfund entnommen werden. 20
Magdeburg, den 6. Juli 1920. Der Magistrat.

Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten-, Straf- u. Steuersach., Rechtsauskunftei. Gesuche, Testamente, Beschwerden usw. O. Daurer, Volksanwalt, Kleine Steinernetischstr. 5, I. 1577

✚ Geschlechtskranke! ✚
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, frischer auch veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Frist ohne Höllenstein u. scharfe Einspritzungen. **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber u. schmerzh. Einspritzungen. **Manneschwäche,** schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung.
Über jedes d. drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und Hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt **Dr. med. Dammann,** Berlin G. 77 **Potsdamer Strasse 123B.** Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Zurückgekehrt
Dr. Moses, Große Diesdorfer Straße 226.

Versand- u. Ladengeschäften Händlern, Hausierern empfehle gutlohnende Artikel.
Ernst Feigenspan
Tägliche Bedarfs-Artikel en gros
Magdeburg, Viktoriastr. 5 (am Hauptbahnhof). 1579
Zahlreiche Anerkennungen.

Brennholz-Schwarten
und Säumlinge hat zentnerweise abzugeben [A1
Schneidemühle Ottenbergstraße 23.

Am Sonntag den 4. Juli beendete der Tod das rastlos tätige Leben meines lieben Mannes, unsers guten, treusorgenden Vaters und Schwiegervaters, des Lichtpausers 2729
Christoph Faster
nach schwerem, mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden im 64. Lebensjahr.
Magdeburg-Sudenburg, Kurfürstenstraße 5.
In tiefer Trauer
Witwe Friederike Faster geb. Oppermann u. Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch, 7. Juli, nachm. 6 Uhr, auf dem neuen Sudenburger Friedhof statt.

Auf stählernem Roß
20 Wanderfahrten in die Umgebung Magdeburgs mit zwanzig Karten und einer Uebersichtskarte von Franz Helmberger
Preis 2.40 Mark
empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands Verwaltung Magdeburg
Nachruf.
Am 1. d. M. starb der Arbeiter
Wilhelm Radack
62 Jahre alt, an Lungenentzündung; am 2. d. M. der Arbeiter
Friedrich Block
64 Jahre alt, an Magenleiden; am 3. d. M. die Fabrikarbeiterin
Hedwig Blücher
33 Jahre alt, an einem Krebsleiden. 164
Ehre ihrem Andenken!
Die Verwaltung.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und die Kranzspenden beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank meinen Vorgesetzten und Mitarbeitern der Hauptwerkstatt Buckau sowie dem M.-G.-V. Freundschaftsbund Buckau und den Mitbewohnern des Hauses Freie Straße 11. Dank Herrn Pastor Büttner für das letzte Geleit.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
W. Wiesener. Wwe. Ida Kähl.

Handleiterwagen billiger. 1575
Wilhelm Aßmus, Grünearmstraße 18b.

Möbeltransporte innerhalb der Stadt, über Land sow. per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus
Ernst Funke jetzt Buckau, An d. Elbe 8. Telephon Nr. 4400. 1658

Gegen Würmer!
Spul- und Madenwürmer wirksame Spezialmittel für Erwachsene und Kinder. 1589
Hof-Apotheke Breiteweg Nr. 158 am Ulrichsbogen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgang meines lieben Sohnes und Bruders **Gustav** sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Auch danken wir Herrn Superintendent Röenecke für die Trostworte am Grabe, der Schwester Anna sowie auch Herrn Sanitätsrat Dr. Förster für die liebevolle und aufopfernde Pflege am Krankenlager und den Mitbewohnern des Hauses. Besonderen Dank für das ehrenvolle Geleit der Freien Turnerschaft, dem Arbeiter-Gesangverein Vorwärts, dem Kriegsbeschädigten-Bund und der Gemeindevertretung. 1550
Atzendorf, im Juli 1920.
Gustav Wilke als Vater.
Magdal. Wilke als Schwester.

Umzüge 1581
Fuhren aller Art Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort Blaue Radler, Schöneeckstr. 5. Telephon 5250 und 2475.

Warum quälen Sie sich?
Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrhen der Atmungsorgane, Asthmabeschwerden, tuberkulös. Lungenleid. haben
Reolin-Pillen
vom Laboratorium „Ria" schon vielen geholfen. Viele Dankschreiben. Schachtel 5 Mk. 4 Schachteln zu einer Kur 18.50 Mk. Versand u. Nachnahme. Generaldepot in der Adler-Apotheke Königshütte OS., Kronprinzenstraße 1. M157

Arbeitsmarkt

Städtisches Arbeitsamt
Vermittlungsstelle für Metallindustrie
Peterstraße 1. Fernruf 1192.
Gesucht werden:
1 selbständ. arb. Metallformer für Dauerstellung.
Vermittlungsstelle für Bekleidungsgewerbe
Weinfaßstr. 9. Fernruf 8101.
1 Zuschneiderin für Gardinen und Dekorationen
1 Putz-Garniererin
3 Perf. Lederzwickerinnen
1 Perf. Pantoffelmacherin
Vermittlung kostenlos.

Suche für sofort von Privatmann 1000 Mk. auf ¼ Jahr, hohe Vergütung und verschiedene große Sicherheit genügend vorhanden. Off. unt. B 2723 d. d. Exped. d. Bl. erb.

Verloren 2728
1 Herrenuhr auf dem Sängerfest (Rennwiesen), da Erbstück gegen Belohnung abzugeb. bei Lux, Kl. Storchstr. 6, 3. Eing.

Dachdecker und Arbeiter 1568
stellt ein bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung
Schulze Nachfl. E. Loebel, Dachdeckermeister. 1568
Seehausen (Kr.Wzl.) Rosmarinstr. 4

✚ **Natur-Heilpraxis** ✚ 1654
für alle Krankheiten
Niemann, Magnetopath und Naturheilkundiger
Moltkestraße 10 (am Br. Weg)

Verkäufe.

Schlafzimmer, Küchen, Sofas, Chaiselongues, Einzel- und Kindermöbel sehr preiswert. M. Diesing (Inh. Alb. Babelt), Dreienbrezelstr. 4.

Einf. kompl. Wohnungs-Einrichtung m. Gardinen, Beleuchtungskörper, Geschirr usw. bill. abzugeben. (Erbl. Wohnung, St., St., K. i. Zentr. Magdeburgs gel., kann evtl. mit übern. werd.) Z. Uebern. genügen ca. 5000 Mk. Frau **Funke,** Gelegenheitskaufgeschäft, Buckau, Freie Straße Nr. 11, 1 Treppe.

1 P. n. Schaftst. (Maßarb.) prw. z. vk. Gräger, Tangermünd. Str. 2

Gebr. Bett billig zu verkauf. Naumann, Froser Straße 3.

Eleg. Bettstelle (echt nußb.) Leder-Reisekoffer, 60×35×25, Sitzbadew. billig. Schleppdecke, Bethanien, Hohenzollernstr. 2.

Metallbetten Stahldrahtmatratz., Kinderbetten, Polster an jederm. Kat. frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Klappwag. ohne Verd. verk. Trenkler, Kutscherstr. 12, v. I.

Klappwagen und Kinderwagen preisw. zu verk. Dümmel, Spiegelbrücke 4, IV. [2735

1 Kinderwagen z. verk. 175 Mk. bei Kersten, Hafenst. 6, pt. 2727

Alte g. Nähmaschine z. verk. Große Junkerstr. 14, I. 2732

Anzug auch feldgr., kauft W. Schwarzfeld Lemsdorf, Wernigeröder St. 44

Umpresshüte für Damen und Herren schnell und preiswert. Schwarz- u. Buntfärben. Lina Badell, Olvenstedt. Str. 26.

Für nur 2733
7.50 Mark liefert Ihnen ein tadellos sitzendes Maßkorsett aus alten Stoffen Frau Delker, Buckau, Grusonstraße 7b.

Uhren repariert unter Garantie [2463 O. Lehmann, Beaumontstr. 11.

Pantoffel mit u. ohne Ledersohle billigst.
Turnschuhe Stiefel, Halbschuhe
nur für Wiederverkäufer offeriert 2680
W. Schmidt, Magdeburg Blauebeilstraße 10.

1653 **Musik-Kaufmann**
Halberstädter Straße 40

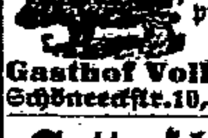
Altbekannt beste Bezugsquelle. Jed. Instrument w. vorgespielt. Repar. in eigner Werkstatt.

Stephanshallen 1580 das wirkliche Volks-Theater. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Städtische Theater.
Viktoria-Theater.
Mittwoch, 7. Juli, Anf. 7½ Uhr Gastspiel des Herrn **Ludwig Barg** u. Frau **Martha Schild-Barg** vom Schauspielhaus in Bremen
Willis Frau.
Donnerstag: Willis Frau.

Zentraltheater
Nur noch 3 Tage!! 119
Die Dame vom Zirkus
Anfang 7¼ Uhr.

2736
Empfehle frisch eingetroffene
Fluss- und Seefische
Schellfisch, Kabeljau, Seelachs zu den bekannt billigst. Preisen.
Berta Weiß
Gr. Junkerstraße 8.

Prima 2737
große Altm. Ferkel

stehen preiswert zum Verkauf.
Gasthof Voller Mond, Schöneeckstr. 10, O. Raschke.

Futterschweine große und kleine, zu verkaufen bei Karl Neubauer, Groß-Rodensleben. 1655

Fürstenhof-Prunksaal
7½ Uhr:
Mit größtem Erfolg der phänom. Spielplan
Kremo-Familie
8 Glasgeroffs, 3 Thomas
Elli Bitter, Grete Dircks
Berta Yllerom
Erna Aria
Heinrich Kohlbrandt
Albert Toulouse.

Reichhalt. kräft. Mittags- und Abendessen à 1.50 Mk. Gast- u. Logierhaus „Alte Rose", Schwertfegerstraße 22

Hofjäger
Donnerstag den 8. Juli
Gr. Kaffee-Konzert
ausgef. vom Philharm. Orchester, unt. persönl. Leitung d. bel. Kapellmeisters P. Arndt.
Täglich abends 7.30 Uhr infolge d. gr. Erfolges verläng. Gastspiel der berühmten
— Leipziger —
Seidel-Sänger
Dir. A. Seidel sen.
Das vierte vollständ. neue Schlagerprogr. bringt u. a. die beid. Burlesken
Der vertauschte Liebesbrief und Feodora.
Vorverkauf 1618 bei Jacobs, Ulrichsbog.
Tägl. nachm. 4 Uhr
Garten-Konzert.

UT 1404
Riesen-Spielplan!
3 Schlager 3
Das Opfer
oder
Die Rache der Isis
5 Akte 5
Der gelbe Brief
Detektiv-Schlager
mit
Nic Carter
4 Akte 4
Wie bekomme ich eine Frau?
Tolles Lustspiel!

Pa. Weißkohl u. Karotten täglich frisch verkauft 2741
Klutentreter, Bahnhof, Tor 7, Fernspr. 1801.

ZL
Zirkus-Lichtspiele
Bis Donnerstag
Das Qualitätsprogramm:
Johannes Goth
Schauspiel in 5 Akten mit
Karola Toelle
Ernst Stahl-Nachbaur
Werner Krauss
Der unübertreffliche Wiener Kunstfilm
Arme Maria
Drama in 5 Akten. M 171
Spielzeit: Wochentags 6—10.45 Uhr. Sonntags 3—10.45 Uhr.

Braunschweiger Hof Wolfenbütteler Straße Nr. 7.
Vereinszimmer, auch für Festlichkeiten geeignet, noch einige Tage frei. 2731
Helles und echt Porter-Bier in Siphons von 5 bis 10 Litern gibt ab L. Eichmeyer.

Park-Restaurant 1601
Herrenkrug
Heute Mittwoch ab 4 Uhr
Extra-Konzert
des gesamten Philharmonischen Orchesters
Freitag nachmittag 8½ Uhr
Kaffee-Konzert

Rogätz
Zu dem am Sonntag den 1. August stattfindenden
Gewerkschaftsfest
ist die Arbeiterschaft der Umgegend freundlichst eingeladen.
Budenbesitzer und Karussellbesitzer, welche gewillt sind, hier auszustellen, können sich bis zum 17. d. M. beim Bahnarbeiter Ernst Lange hier melden.
1557 Das Komitee.

Stillers Gesellschaftshaus • Fermersleben
Inh. R. Kunze. 1569
Mittwoch den 7. Juli
Großes Konzert
Anfang 7 Uhr. Nachdem **Tanzkränzchen**

Gewerkschaftskartell Wolmirstedt.
Am 25. und 26. Juli findet im „Küchenhorn" unser
Gewerkschaftsfest
verbunden mit **Kinderfest,** unter Mitwirkung sämtlicher Arbeiter-, Gesang-, Sport-, Musik- und Turnvereine statt.
Festschleifen sind bei allen Gewerkschaftsfunktionären zu haben.
Alles Nähere ist aus den Plakaten ersichtlich.
Gewerbetreibende haben sich bis zum 15. Juli bei Kollegen Kirsten, Farsleber Str. 2, anzumelden.
1558 Der Vorstand.

Reine Obstmarmelade
mit Kristallzucker gekocht, erstklassige vorzügliche Friedensqualität — in Blecheimern bfn., 10 Pfund 40.00 Mk. und 23 Pfund 90.00 Mk. Wiederverkäufer erhalt. Rabatt
M. Blumenthal & Comp., Konservenfabrik, Magdeb., Halberstädter Str. 12. Tel. 7374.
Telephonische und schriftliche Aufträge werden schnellstens und sorgfältig erledigt! 1536

1576
Raucht Bonitas!

Nicht nach Moskau?

In unsrer letzten Nummer haben wir die Bedingungen veröffentlicht, deren Annahme und Erfüllung Moskau von den Unabhängigen verlangt, wenn sie in die dritte (Moskauer) Internationale aufgenommen werden wollen. Die unangenehmste Bedingung ist anscheinend die 10., welche die Vereinigung mit dem Spartakusbund fordert. Am 29. Juni 1920 hat sich eine

Konferenz unabhängiger Führer

mit diesen Bedingungen beschäftigt. Merkwürdigerweise hat die unabhängige Presse bisher über die Ergebnisse und Beschlüsse dieser Konferenz nichts berichtet.

An der Konferenz nahmen 36 unabhängige Führer und Abgeordnete teil. Darunter Crispien, Ledebour, Eichhorn, Luise Zietz, Dr. Moses, Adolf Hoffmann, Malzahn, Rich. Müller, Zubeil, Däumig, Dr. Löwenstein, Anna Nemitz, Dr. Herzfeld, Stöcker, Dr. Breitscheid u. a. Das einleitende Referat hielt Crispien. Nach längerer Diskussion stellte sich heraus, daß eine Uebereinstimmung in irgendeiner Richtung nicht zu erzielen war. Folgende Entschließung wurde vorgelegt:

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei wird sich nicht mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammenschließen, selbst auf die Gefahr hin, daß die deutsche Unabhängige Partei von der 3. Internationale ausgeschlossen wird.

Die Abstimmung erfolgte auf Vorschlag von Dr. Herzfeld durch Stimmzettel. Für die Entschließung wurden 27 Zettel abgegeben, neun Zettel waren unbeschrieben.

Eine noch zu wählende Delegation soll sich nach Moskau begeben, um dort die Stellungnahme der Unabhängigen zu vertreten.

Innerhalb der Unabhängigen Partei wird dieser Beschluß eines „Führerklüngels"

auf stärkste Opposition stoßen. Der linke Flügel der Unabhängigen Partei ist für den bedingungslosen Anschluß an Moskau. Die Opposition verfügt auch über starken Einfluß in der unabhängigen Presse, so in Eisenach, Essen, Hamburg u. a.

Das Hamburger Organ mit Dr. Geyer jun. hat unbestritten die Führung im Kampfe gegen den Zentralvorstand. Im Zusammenschluß mit der Anschlußfrage an die Moskauer Internationale schrieb die „Hamburger Volkszeitung" vor kurzem:

Das Zentralorgan der Partei, die „Freiheit" in Berlin, verschweigt den Brief Radeks, der im Auftrag der 3. Internationale an unsre Partei gerichtet wurde.

Die „Freiheit" schweigt über die dringliche Einladung, eine Delegation nach Moskau zu senden.

Die „Freiheit" veröffentlicht immer noch nicht den Brief Sinowjews, das Antwortschreiben des Exekutivkomitees der 3. Internationale an die deutsche Arbeiterschaft.

Die „Freiheit" veröffentlicht dagegen eine kritische Besprechung dieser Antwort, ohne die Antwort selbst zu geben — eine Methode, die von offener Sabotageabsicht gegen die Leipziger Beschlüsse zeugt. Der leitende Redakteur der „Freiheit", Hilferding, war in Leipzig noch für Genf.

Hat der Parteitag über die internationale Politik der Partei zu entscheiden oder Hilferding? Die Frage geht die Berliner Organisation und die Zentrale an.

Eine Kreiskonferenz der Unabhängigen von Rheinland-Westfalen hat gleichfalls gegen den Zentralvorstand Stellung genommen und den sofortigen Anschluß an die 3. Internationale verlangt.

Ein längeres Ausweichen wird den Unabhängigen wohl nicht mehr möglich sein. Sie werden Farbe bekennen müssen. Sie werden den

Kampfsgang nach Moskau

machen oder die Partei wird sich spalten. Der Anschluß an den Spartakusbund wird aber zur Folge haben, daß Tausende und aber Tausende von Arbeitern zur Besinnung kommen. Die Zwieschlächtigkeit der Unabhängigen wird aufhören. —

Das kann gut werden!

Viele Genossen hatten gehofft, daß ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen zustande käme, wenn die Sozialisten in der Abwehr gegen eine bürgerliche Regierung stehen. Die unabhängige Presse bemüht sich aber, noch viel giftiger und hinterlistiger gegen die Sozialdemokraten zu arbeiten als bisher.

Bei der Interpellation wegen der Marburger Mordbuben stimmten die Sozialdemokraten selbstverständlich mit den Unabhängigen. Trotzdem behaupten nun unabhängige Zeitungen, die Sozialdemokraten wären daran schuld, daß die sofortige Besprechung abgelehnt wurde, weil ein Teil der Sozialdemokraten nicht anwesend gewesen wäre.

Dazu ist festzustellen: So wenig wie bei den andern Parteien waren die Unabhängigen vollzählig. Nach einer Schätzung wäre der unabhängige Antrag mit den Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten angenommen worden, wenn die unabhängige Fraktion vollzählig anwesend gewesen wäre. Gerade die Unabhängigen schwänzen am meisten. Das stimmt auch mit jener Theorie überein, die in der Nationalversammlung ein Unabhängiger aufstellte als er auf Vorhalt einmal sagte: „Für uns genügt es, wenn ein paar

Horchposten anwesend sind,

die andern aber auf Agitation gehen!"

Wenn dann unabhängige Anträge abgelehnt werden, ist es natürlich sehr bequem, zu sagen, daran sind die Sozialdemokraten schuld, weil sie nicht alle anwesend waren.

Die Berliner „Freiheit" hat die giftige Behauptung zuerst ausgesprengt. Der „Vorwärts" hat sofort die Sache richtiggestellt. Das hindert das Magdeburger Blatt nicht, in Fettdruck die gleiche Behauptung, auf die nur ganz ungeschulte Leute hereinfallen können, wiederzugeben. In der gleichen Nummer werden aber die unabhängigen Reichstagsabgeordneten von der Kreiskonferenz von Anhalt gerüffelt und von ihnen verlangt, daß sie auch an den Reichstagsitzungen teilnehmen. Den Unabhängigen von Anhalt ist eben die ewige Horchposten-Spielerei der unabhängigen Abgeordneten zu dumm geworden. —

Keine Scham mehr!

Die Unabhängigen von Danzig verlangen die Auflösung der Wachmannschaften des Danziger Hafens.

Der englische Oberkommissar Tower ließ keinen Zweifel daran, daß an eine Aufhebung der Bewachung nicht zu denken sei. Sollten die Unabhängigen auf ihrer Forderung bestehen, dann ließe er den Hafen durch polnisches Militär bewachen, aber auch

die deutschen Arbeiter durch Polen ersetzen.

Alle Vorbereitungen dazu waren durch den General Hayking getroffen. Durch die Bemühungen unsrer Genossen wurde eine nochmalige Verhandlung ermöglicht. In dieser Verhandlung baten die Unabhängigen unter Führung von Engling die englischen Generale den Hafen durch englisches und französisches Militär bewachen zu lassen.

Das ging den Engländern über die Hutschnur. Tower fragte die Unabhängigen, ob sie denn keine Scham besäßen, nicht die Schmach eines Zustandes zu fühlen, den sie von ihm forderten. Er sprach von der Nöte der Scham, die jeden solchen Vorschlag unmöglich machen müsse. General Hayking fügte hinzu, daß, wenn seine Soldaten, die meist nicht einmal Deutsch verständen, im Hafen zu bestimmen hätten, mit aller militärischen Strenge gegen jede Unredlichkeit vorgegangen werden würde. Dann würde es zu ganz andern Mißgriffen kommen. Doch das alles rührte Herrn Engling und die Seinen nicht. Sie erklärten zu Tower sogar, sie würden

in der fremdländischen Bewachung keine Erniedigung

sehen. Das sei höchstens Sache des Staates.

Auf die Danziger Unabhängigen können die Crispien und Breitscheid stolz sein. Ihre „revolutionäre" Erziehung trägt prächtige Früchte. Lenin sagte einmal, die deutschen Unabhängigen lecken nur die blutbefleckten Stiefel der französischen Generale. Die Danziger Unabhängigen benehmen sich bei dieser „revolutionären" Handlung so widerlich, daß den englischen Generalen der Ekel aufsteigt, und sie ihnen den Stiefel, den sie ablecken wollen, ins Gesicht stoßen.

Einsicht der Unabhängigen?

Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit", beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den heutigen Schulverhältnissen. Mit aller Klarheit wird das Treiben reaktionärer Direktoren, Rektoren, Professoren und Lehrer geschildert. Wörtlich heißt es dann:

Woher kommen denn heute unsre heillosen Zustände? Daß überall, in allen entscheidenden Stellen die Vertrauensmänner des alten Regiments sitzen. Vom ministeriellen Geheimrat in dem Provinzialschulkollegium und Regierung bis zum Kreisschulinspektor, Rektor und Direktor. Mit verschwindenden Ausnahmen sind diese alle allem Neuen gegenüber von einer verständnislosen Verachtung, im besten Falle voller Mißtrauen und Unsicherheit. Sie sehen gleich den frommen julianischen Bischöfen die neue Republik als ein Wölkchen an, das vorübergeht, und sie üben also, je nach ihrem Temperament, Sabotage durch passiven Widerstand, Verschleppen und Hinauszögern jeder mißliebigen Maßnahme, oder durch ihr tätiges Vorgehen zum eignen Angriff, durch Ironisieren, Verhöhnen, Lächerlichmachen des Neuen, durch Schikanieren „radikaler" Untergebener, durch systematische Propaganda gegen „die heillosen heutigen Zustände" in und außer dem Amt.

Schuld daran sind nach dem unabhängigen Leitartikeler die ungenügenden Disziplinarbestimmungen, die oft genug auch noch sabotiert werden. In dem unabhängigen Blatte werden aber auch die Mittel angegeben, um dem Gebaren der Herrschaften ein Ende zu machen:

Glaube man doch nicht, daß die ganze wilde Opposition der preußischen reaktionären Lehrer und Behörden Mut oder Ueberzeugungstreue beweist. In den wirklich kritischen Momenten hat dieser Mut versagt. Und wo sie Ernst bemerkten, würden sie ebenso haltlos zusammenbrechen wie im November 1918. Nein, sie fühlen sich sicher und benehmen sich wie unerzogene Jungen einem schwachen Lehrer gegenüber.

Ein festes Zufassen, ein mutiger Griff in das Wespennest würde genügen. Aber zu diesem Griffe sind die Regierungen, ist vor allem die preußische Regierung unfähig aus Respekt vor „demokratischen Grundsätzen". Ein paar Gesetze, welche Absetzbarkeit der politisch unzuverlässigen Beamten oder wenigstens ihre Versetzung aus leitenden Stellen verfügen. Ein paar Zurdispositionsstellungen und Pensionierungen, rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Schulleiter und Behörden, in deren Arbeitsgebieten Schüler politischen Unfug verüben, und der ganze Hexensabbat wird — vielleicht nach ein paar letzten wüsten Ausschreitungen — verstummen.

Dann — wenn andre Leute an die Stelle der alten Machthaber getreten sind, dann könnte man demokratische Grundsätze versuchen. Heute aber läßt man ersticken, tottrampeln, vergiften, was noch hoffnungsvoll in der deutschen Jugend ist.

Aehnliches konnte man vor den Wahlen in jedem unabhängigen Blatt und in jeder unabhängigen Versammlung hören. Die Arbeiter haben damals geglaubt, wenn sie recht viele Unabhängige in den Reichstag schicken, dann würden diese so verfahren, wie es oben geschildert wird.

80 Unabhängige wurden darum in den Reichstag gewählt. Als ihnen dank ihrer Stärke Gelegenheit geboten wurde, ihre Worte in die Tat umzusetzen, da erklärten sie, einige unabhängige Minister könnten auch nichts ändern. Im Gegenteil, es wäre „geschichtlich betrachtet" sogar besser, wenn die Reaktion die Regierung übernehmen würde.

Statt mitzuhelfen an der Demokratisierung der Verwaltung und der Schule, statt andre Leute an die Stelle der alten Machthaber zu setzen, haben die Unabhängigen alle Macht der Reaktion wieder zugeschanzt und dafür gesorgt, daß auch noch die wenigen demokratischen Männer, die nach der Revolution in die Verwaltung und die Schule kamen, der Schikane der alten Machthaber schutzlos ausgeliefert werden.

Die Unabhängigen tragen darum allein die Schuld, wenn man „ersticken, tottrampeln und vergiften läßt, was noch hoffnungsvoll in der deutschen Jugend ist".

Es braucht nur an das sehr fortschrittliche Schulwesen in Thüringen erinnert zu werden, das jetzt nach dem Willen der Unabhängigen wieder den alten reaktionären Schulräten, die nach der Revolution entlassen wurden, ausgeliefert werden soll. Ob der Artikel in der „Freiheit" ein Zeichen beginnender Einsicht ist? —

Austritt aus der Unabhängigen Partei.

In unserm Rostocker Parteiblatt lesen wir über eine unabhängige Versammlung:

Ein Teil der Diskussionsredner führte aus, daß auf die Republik gepfiffen werden könne und die jetzige Staatsform nicht besser sei als die Monarchie.

Der Landtagsabgeordnete Vorköper führte aus, daß die Rostocker Arbeiterschaft aus dem Grunde noch nicht reif für den revolutionären Sozialismus sei, weil die Noskegarde sie noch nicht verprügelt und zurechtgewürgt habe. „Die Reichswehr müßte in Rostock erst einmal so wie im Ruhrrevier wüten, dann würden die Rostocker Arbeiter auch revolutionär!"

Da ein Teil der Versammlung zu solchem Unsinn noch Beifall brüllte und ein Diskussionsredner das Bekenntnis unter dem Beifall desselben Teiles der Versammlung ablegte, daß ihm ein Dutzend wirklich revolutionärer, die Räterepublik mit Gewalt herbeiführender Unabhängiger lieber sei als hundert Stimmen solcher, die mit den Mehrheitssozialisten zusammengehen würden, so sehe ich mich genötigt, — aus Reinlichkeitsgründen — meinen Austritt aus der U. S. P. D. zu erklären.

Ich kann mich nicht mit Leuten in einen Topf werfen lassen, die weder theoretisch noch praktisch Sozialisten sind.

Den Genossen, die ebenso wie ich denken, gebe ich durch meine vorstehenden Ausführungen zu verstehen, daß ich der U. S. P. D. in Rostock keine Lebensfähigkeit mehr zutraue und ihr jede Daseinsberechtigung absprechen muß.

Es sind in der U. S. P., Ortsgruppe Rostock, Sozialdemokraten, Kommunisten und Syndikalisten nebst völlig Unzurechnungsfähigen!!

Ein Mensch, der sozialdemokratisch denkt und fühlt, der bekommt die revolutionären Phrasenhelden satt und verlangt nach dem durch unermüdliche, praktische Arbeit gekennzeichneten Kampf und Vorwärtstragen der Revolution!

Rostock. R. Otto.

Notizen.

Das Urteil im Zeitzer Landfriedensbruch-Prozeß. Im Prozeß wegen des Zeitzer Landfriedensbruchs, bei dem sich die Bevölkerung gegen das dort garnisonierende Militär aufgelehnt hat, wurde am Montag nach 35tägiger Dauer das Urteil gesprochen. 40 Personen wurden vom Schwurgericht Halle insgesamt zu 132 Jahren Freiheitsstrafen, darunter 80 Jahren Zuchthaus, verurteilt. Den Geschwornen lagen 282 Fragen zur Beantwortung vor. — Mit diesen harten Urteilen vergleiche man den Freispruch der Marburger Arbeitermörder. —

Ein unabhängiger Landrat. Nachdem der Unabhängige Leid (Berlin) den Landratsposten für den Kreis Schleusingen abgelehnt hatte, ist der gleichfalls unabhängige Professor Werckmeister (Stettin) zum Landrat in Schleusingen ernannt worden. —

Verkauf der „Lippeschen Landeszeitung". Wie aus Detmold berichtet wird, ist die „Lippesche Landeszeitung", das Organ des frühern Abgeordneten Prof. Dr. Neumann-Hofer, der jetzt einer der drei Landespräsidenten von Lippe ist, verkauft worden, angeblich wieder an Stinnes. Als Kaufpreis wird eine siebenstellige Zahl genannt. Mit dem Verkauf im Zusammenhang stehen soll die Mandatsniederlegung des lippischen Landtagsabgeordneten Stärcke, der bisher Chefredakteur des Blattes war. —

Ein Kappisten-Bürgermeister. Am Montag erklärte der sozialdemokratische Stadtverordnete Kaatz in Oranienburg, daß nach seinen Informationen der Bürgermeister Hein von Oranienburg in den Kapptagen den Direktor Paarmann aufgefordert habe, beim Einrücken des Militärs um den Unabhängigen Schoof ein Gedränge hervorzurufen und ihn dann zu erschießen. Direktor Paarmann hat diese Angaben eidlich erhärtet. Die Stadtverordneten-Versammlung faßte darauf den Beschluß, die sofortige Suspendierung des Bürgermeisters Hein und die Einleitung eines Strafverfahrens vom Regierungspräsidenten zu verlangen. —

Sozialdemokraten und Eisenbahner. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Durchführung des abzuschließenden Reichslohntarifs für die Eisenbahnarbeiter und mit der nach dem Reichsbesoldungsgesetz vorzunehmenden Einstufung der Verkehrsbeamten. Es wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Vereinbarungen, die zwischen den einschlägigen Ministerien und den Organisationen getroffen wurden und die noch der Zustimmung der Reichsregierung und des Reichstags bedürfen, zur Durchführung gebracht werden müssen. —

Streikbeschluß der ostpreußischen Gewerkschaften. Nachdem der ostpreußische Arbeitgeberverband den von der Arbeiterschaft angenommenen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der der Arbeiterschaft einen Teurungszuschlag von 40 bis 70 Pfennig pro Stunde zu den geltenden Tarifsätzen zusprach, abgelehnt hat, haben die Vertrauensmänner aller unter den Schiedsspruch fallenden Gewerkschaften beschlossen, in den Streik einzutreten. —

Neuregelung der Bezüge der Lazarettinsassen. Wie vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, sind die Bezüge der Lazarettinsassen mit Wirkung ab 1. April 1920 beträchtlich erhöht worden. Die Insassen der Lazarette erhalten während der Anstaltspflege neben freier Heilbehandlung, freier Verpflegung und freier Unterkunft ein Taschengeld, das sich je nach der Ortsklasse des Lazarettortes zwischen 4 Mark und 5,40 Mark bewegt. Während des Lazarettaufenthalts stellt ihnen das Lazarett die Krankenkleidung unentgeltlich. Lazarettinsassen, die seit dem 1. April 1919 einen Entlassungsanzug noch nicht erhalten haben, erhalten vom Lazarett so bald als möglich einen Zivilanzug geliefert. Bei Beurlaubungen aus der Anstaltspflege im Interesse der Heilbehandlung wird ein Tagegeld zwischen 9 Mark und 12,20 Mark gewährt. Besitzt der Lazarettinsasse Angehörige, deren Ernährer er gewesen ist, so erhalten sie an Stelle der bisherigen Kriegswohlfahrtspflege und Familienunterstützung vom 15. Juli an ein Hausgeld. Die Auszahlung dieses Hausgeldes erfolgt in der Zeit vom 16. Juli bis 14. August vom Lazarett, durch Vermittlung der amtlichen Fürsorgestelle, vom 15. August an durch das Versorgungsamt (bisher Versorgungsstelle), in dessen Bezirk der Kranke seinen Wohnsitz hat. —

Die Beziehungen zu Japan wiederhergestellt. Die deutsche Botschaft und die Konsulatsgebäude sind von Japan wieder an Deutschland zurückgegeben worden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind wiederhergestellt. —

Moskau gegen innere Einmischung. Der russische Volkskommissar Tschitscherin hat an Deutschland folgenden Funkspruch gesandt: Den Sowjetregierungsvertretern im Ausland wird jede Einmischung in die innern Verhältnisse der betreffenden Staaten ausdrücklich untersagt. Viktor Kopp in Berlin ist Instruktion erteilt worden, dahin lautend, jeder Berührung mit der deutschen innern Politik sich völlig fernzuhalten. —

Tatarische Räterepublik. Laut Moskauer Funkspruch ist der Volkskommissar Wladimirski mit einem Mitgliede der türkischen Kommunistischen Partei und Abgesandten Mustapha Kemal Paschas in Kasan eingetroffen, um hier die Tatarische Republik feierlich auszurufen. —

Krassins Abreise aus London. Der russische Kommissar Krassin hat in Begleitung seines Kollegen Rogin London verlassen. Zur Ueberfahrt nach Kopenhagen hat die englische Admiralität dem Sowjetvertreter bemerkenswerterweise einen Torpedobootzerstörer zur Verfügung gestellt. —

Türkische Niederlage in Kleinasien. Der griechische Heeresbericht vom 3. Juli meldet: Der Feind, der im Süden von Balitesri eine vernichtende Niederlage erlitt, wird energisch verfolgt. Einige zerstreute Abteilungen konnten nach Brussa entkommen. Die gestern in Panderma vollzogene Truppenlandung trug zu dem schnellen Erfolg bei. Die Abteilungen, die unter dem Schutze der englischen Flotte landeten, drangen gegen Süden vor und stießen in Omeskioej, 26 Kilometer südlich von Balitesri, auf die Vorhut der türkischen Armee. Die ganze Aktion dauerte 3½ Tage. —

Depeschen.

Kein Streik im Mansfelder Kreise.

W. T. B. Magdeburg, 6. Juli. Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: Die in der Presse erschienenen Berichte über einen Proteststreik der Bergarbeiter des Mansfelder See- und Gebirgskreises gegen den 10prozentigen Steuerabzug entsprechen nach beim Landratsamt in Mansfeld eingezogenen Erkundigungen nicht den Tatsachen. Es wird auf allen Gruben gearbeitet, wenn auch eine gewisse Erregung unter den Arbeitern nicht zu leugnen ist. —

Schuh Handelshof Magdeburg

Wir eröffnen unsere Verkaufsräume im Hofgebäude heute Mittwoch den 7. Juli, vormittags 10 Uhr. Besichtigen Sie bitte unsere Ausstellung im Hauseingang.

Unser **erster Verkaufstag**

bezeugt unsere Leistungsfähigkeit.

Eröffnungs-Angebote

Damen-braun Chevr.-Schnürhalbschuhe elegante Form . . 125.00	Damen-Chromkid-Spangenschuhe . 129.00	Damen-Fohlen-Chevr.- u. Mastbox-Schnür-Halbschuhe, teilweise Rahmenarbeit 132.00
Damen-braun Chevr.-Schnür u. Spangenschuhe 168.00	Damen blau und lila Reh-Chevreau-Halbschuhe . . . 169.50	Damen-Lack-Schnür- u. Spangenschuhe, teilw. feinfarbige Lederein-sätze 172.50
Damen-Chrombastard-Schnürstiefel, bequem. Straßenst. 129.50	Damen-Roßchevreau-Derby-Schnürstief. 139.50	Damen-Rind- u. Roßbox-Derbystiefel . 142.50
Damen-Roß-Chevr.- u. Mastbox-Schnürst. Rahmenarbeit . . . 165.50	Damen-Hochschaft-Schnürstiefel mit Lackblatt . . . 195.00	Damen-braun Chevr.-Hochschaft-Schnürstiefel 198.50
Herren-Schnürstiefel, Kalbleder, Rahmenarbeit. . . 168.00	Herren-Schnürstiefel-R.-Chevr., Mastbox, Rahmenarbeit 182.00	Herren-Schnürstiefel, braun Mastbox . . 232.00
Knaben-Schnürstiefel verschied. Ledersorten, 36/39 149.00 129.50	Knaben- u. Mädchen-Schnürstiefel, 31 bis 35 . . . von 69.00 an	Kinder-Schnürstiefel, 27 bis 30 . . . von 59.00 an

Hofgebäude **Breiteweg 193/94** Hofgebäude

gegenüber der Steinstraße.

Schuh Handelshof Magdeburg

Unser Bestreben

ist, der wirtschaftlichen Zwangslage, die fordert:

Qualitätsware zu erträglichen Preisen

Rechnung zu tragen.

Wir wollen es erreichen durch:

Niedrige Geschäftsmiete, einfachste Ausstattung, Vermeidung unnützer Geschäftsunkosten, möglichst geringer Nutzen, Einkauf nur preiswerter Ware.

Schuh Handelshof Magdeburg

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Wohnzimmer
Schlafzimmer 1563

Küchen jeder Art
Schreibtische u. Bücherschränke, eiche u. nußbaum
sowie Einzelmöbel
empf. zu billigen Preisen

Wilhelm Bahle
Möbelfabrik
Magdeb.-Sudenburg
Halberstädter Str. 40.
Fernsprecher 3403.

Eigne Polsterwerkstätte

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Kücheneinrichtungen v. 600 b. 4000 Mk., Schlafzimmer v. 4500 Mk. an, echt nuß, Wohnzimmer, Schreibtische, Sessel, Plüschsofas, Chaiselongues preiswert

Fey, Schöninger Str. 28

Kriegsbeschädigte Hinterbliebene Ausschüsse Behörden

finden über alle Fragen der Militärversorgung zuverlässig. Auskunft im

Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz

von Hermann Müller

Die Mitwirkung des Verfassers an dem Gesetz als Berichterstatter des 7. Ausschusses verbürgt gründliche und zutreffende Erläuterung. Ein wertvoller Anhang mit d. wichtigsten einschlägigen Gesetzen u. Ausführungsbestimmung ergänzt vorteilhaft den Kommentar.

Preis 7.— Mark + 20%

Buchhdl. Volksstimme

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken

jeder Art ohne Einbuße an Fasson u. Farbe sowie

Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu

1652 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Breiteweg 271, Kaiserstraße 13 (Eing. Wilhelmstraße), Jakobstraße 39, Johannisberg 15, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer Straße 229, Hohepfortestraße, Schönebecker Straße 26, Halberstädter Straße 111 (Eingang Rottersdorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.

Alle Arten zerrissene Strümpfe werden gut hergestellt.

Aus 6 Paar beschädigten Strümpfen werden 4 Paar, aus 6 Paar Socken 3 Paar ganze. Füße möglichst nicht abschneiden. Die Beinlängen müssen noch gut erhalten sein. Nur gut gewaschene Ware wird angenommen.

Hermann Dobrindt, Magdeburg, Sternstraße 1.

Die Wäsche muß vor der Ablieferung gerollt oder geplättet sein. 1560

Ia. Salzheringe

To. 5- bis 600 Stück 400 Mk. 1545 empfiehlt

Meissner

Kartoffel- u. Heringshandlung
Stephansbrücke 23.
Tel. 5683.

---

ff. Liköre

Kognak-Weinbrand
Kognak-Verschnitt
Schwarzwälder Kirschwasser
Zwetschenwasser
Wachhld.-Branntwein
diverse Weine
künstliche Frucht-Limonaden
offeriert billigst [1637

A. Schiller Nachf.
Likörfabrik u. Weinhandlg.
Gr. Münzstr. 11
1. Laden von Ecke Kaiserstr.
Fernsprecher 1213.

Echte Wills **Goldflake** Capstan u. Players, Navy Cut v. Wills, Caviare von Rizzalla, Red Lion und andre Marken hat zu den billigsten Tagespreisen anzubieten. Verl. Sie Preisliste.

Wilhelm Hollmann
Bahnhofstraße 14.
Fernruf 4049. Fernruf 4049.

Billige Stoffe!

E. Rudolf Faß, Bismarckst. 48

Ankerlin

der gute Schuhkrem

ist in **Friedensqualität** wieder überall zu haben. H286

Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.

Vertreter: **A. Seidel, Magdeburg, Königgrätzer Straße Nr. 4.** —

Engl. Zigaretten

Originalmarken 2724 in Seidenpapier u. Stanniol pro Mille **390 Mk.**

Deutsche Zigaretten

in vorzüglicher Qualität, in allen Preislagen

ff. Zigarren in allen Preislagen.

Versand u. Weinnachn.

Gue & Dost
Großhandlung
Magdeburg, Augustast. 11.

„Elbperle“

das beste Sauerstoffwaschmittel ist immer und überall vorrätig

Otto Braunsdorf
MAGDEBURG
Fernruf Nr. 1220. E22

Kopf-Wäsche für Damen das Beste zur Haarpflege. Solide Preise

Immerwährende Warmwasserversorgung.

:: Zöpfe ::
in allen Preislagen
Haar-Schmuck
Toiletten-Artikel

Jede Haar-Arbeit
auch von ausgekämmten Haaren
Auffärben 2c.

Benutzen Sie gegen Haarausfall und Haarkrankheiten Seebalds berühmte
Haartinktur.
Bei mir zu haben.

R. Gembalowski Breiteweg 208
Haltestelle Hauptpost.

Geschäftszeit: Wochentags 8—7 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr. 1643

Geschlechtsleiden! A157

veraltete u. chronische, Weißfluß, Pollutionen, Mannesschwäche, fanden nachweislich dauernde Heilung ohne Quecks., ohne Einspritz., ohne Berufsstörung durch unschädliche Kräuterkuren. Aufklär. Brosch. nach Dr. med. Hermann mit viel. Dankschr. vers. diskr. geg. Eins. von Mk. 1.00

C. F. Timm, Hannover, Münzstr. 6.

Papier-Fahrradbereifung

Gummiersatz 143

100000 fach bewährt, 1 Jahr Garantie, leichter, geräuschloser Gang, wie auf Vollgummi, keine Reparaturen, kein Aufpumpen, bei jeder Witterung gebrauchsfähig, unempfindlich gegen Nässe, Nägel, Scherben, Steine, verwendbar für Fahrräder aller Art mit Stahlfelgen. Man sende uns die Räder unverpackt per Post, Rücksendung nach 24 Stunden. Preis aufmontiert Mk. 35.00 für 2 Laufräder, bei Selbstmontage Mk. 30.00. Teurungszuschlag 50%.

Pappröhren-Walzwerk Mann & Co., Dresden 5.

Neue Neustadt.

Alt-Papier -Eisen Metalle

sowie Lumpen jeder Art, Wolle (gestrickt), Filzhüte, Sekt- u. Weinflaschen kauf. laufend zu höchsten Preisen

Kohl & Rostholder
Alexanderstraße 20 2280

Beste Abnahmestelle für Händler und Sammler.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Bergs Radikalmittel

„Nicodaal“. Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. — Doppelpackung. Verkauf: Drog. Kaesebier & Ulrich, Gr. Münzstraße 19, in Burg Hirschdrogerie, Ferdinand Schröder. K299 Bitte ausdrücklich nur „Nicodaal“ zu verlangen.

Gehen Ihre Uhren nicht? 1656

Reparaturen gut u. preisw.

Fr. Pöllnitz, Uhrmacherei Schöneckstr. 9a, kein Laden.

Preußische Klassen-Lotterie.

Bedeutende Erhöhung und Vermehrung der Gewinne. Hauptgewinne im günstigsten Falle 1 Million Mark. Jedes zweite Los gewinnt. 1555

Ziehung 1. Klasse 13. und 14. Juli 1920.
Hauptgewinn 100 000 Mark.

	1/1	1/2	1/4	1/8 Lose	
Mk.	58.40	29.20	14.60	7.30	für jede Klasse
„	292.—	146.—	73.—	36.50	für fünf Klassen

Listen und Porto besonders.

Helmecke, Preußischer Lotterie-Einnehmer, Magdeburg, Kaiserstr. 57a
Fernsprecher 748. Postscheck-Konto Berlin 31 089.

Cigarren-Cigaretten-Centrale Ruben & Co

Telephon 7608 **Alte Ulrichstrasse 17** Telephon 7608

Ganz besonders vorteilhaftes Angebot.

Wir bitten unsre Schaufenster-Auslagen zu besichtigen.

Cigarren rein Uebersee, hervorragende Qualitäten
Cigarillos 1570
Cigaretten sämtliche führenden deutschen Fabrikate
Rauchtabake Grobschnitt, Pfund 20.00 22.50 25.00

ferner Spezialmarken

Shagtabake Pilshag, Prince Haro, Yankee-Shag **Kautabake, Schnupftabake**

Für Wiederverkäufer Reichhaltig sortiertes Lager — Besond. günstige Preisstellungen.

Beachten Sie unsre Schaufenster-Auslagen!

1/1-Sekt-Flaschen

Maggiflaschen Nr. 5 u. 6

1/1-Weißwein-, Rotwein-, Kognak-Flaschen

Brunnen-, Milch-, Portwein-, Burgunder- sowie sämtliche 1/2-, 3/4-, 1-Liter-Flaschen.

Altmetalle | **Altpapier**

Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Stanniol u. Flaschenkapseln | Zeitungen, Zeitschriften, Akten, Geschäftspapiere, Pappabfälle, Papierabfälle sowie sämtl. Sort.

werden dauernd gegen beste Bezahlung angenommen.

Magdeburger Abfall-Sammlung

Große Münzstraße 13, Eing. Kutscherstr. — Tel. 2094.

Abholung erfolgt kostenlos durch unser Gespann. 1574

Rucksäcke

in grösster Auswahl

Hugo Nehab

150 Johannisbergstrasse 2.

Rechtsbureau Referendar a. D.

Lobegott, Gr. Münzstr. 5, Fernsprecher 6663. Verfasser des Rechtsbuchs „Die unglückliche Ehe“. Auskunft und alle schriftlichen Arbeiten 1651

in Ehesachen

und allen andern Rechtssachen, besonders auch in Steuersachen. — Sprechz. 10—1, 3—6, Sonntags 10—1 Uhr.